

GRÜN IST heute das Morgen gestalten.

Unser Wahlprogramm
für Wuppertal 2020

Am **13.09.**

Grün wählen!

Zukunft entscheidet sich hier.



GRÜN IST heute das Morgen gestalten.

**Unser Wahlprogramm
für Wuppertal 2020**

Inhalt

Präambel	8
Soziale Gerechtigkeit und Integration	11
Miteinander und füreinander	12
Teilhabe für Alle	12
Wohnen ist ein Menschenrecht	14
Auch im Alter selbstbestimmt leben	15
Sozialen Arbeitsmarkt schrittweise weiter ausbauen	16
Ende der Stigmatisierung	16
Stärkung der Quartiere	18
Wir unterstützen die aktive Integrationsarbeit	19
Antidiskriminierung und Antirassismus	20
Keine Toleranz bei Gewalt	20
Ergänzung aufgrund der Corona-Krise	21
Wir setzen uns ein für	22
Klima	25
Gutes Stadtklima – Gut für die Menschen	26
Klimaschutz – Fair und gemeinsam	27
Global denken, lokal handeln	28
Die beste Wirtschaftsförderung: Klimaschutz	29
Ergänzung aufgrund der Corona-Krise	29
Wir setzen uns ein für	30
Mobilität	33
Wir mobilisieren unsere Stadt	34
Unterwegs in der Stadt	34
Das Bürger*innen-Ticket für unsere Stadt	36
Autoverkehr verändert eine Stadt	36
Moderne City-Logistik	38
Ergänzung aufgrund der Corona-Krise	39
Wir setzen uns ein für	39

Stadtentwicklung	41
Freiraum für alle in einer lebenswerten Stadt	42
Gemeinsam unsere Stadt gestalten	43
Alt neben Neu	45
Flächennutzung nachhaltig gestalten	46
Ergänzung aufgrund der Corona-Krise	46
Wir setzen uns ein für	47
 Bildung	 49
Zukunft durch Bildung	50
Frühe Bildung	50
Unsere Schullandschaft bedarfsgerecht gestalten	51
Schule und Toleranz	53
Gute Bildung braucht eine gute Umgebung	54
Berufsausbildung in Wuppertal	54
Hochschulstadt Wuppertal	55
Schüler*innen, Azubis, Studierende und Mobilität	55
Ergänzung aufgrund der Corona-Krise	56
Wir setzen uns ein für	56
 Natur und Umwelt	 59
Wir erhalten unsere Natur	60
Schutzgebiete pflegen und Ausbauen	60
Bäume – zentrale Bausteine des Ökosystems	61
Artenvielfalt erhalten	62
Tierschutz geht uns alle an	63
Bäuerlich-ökologische Landwirtschaft und Bodenschutz	64
Recycling und Müllvermeidung	64
Lichtverschmutzung	66
Ergänzung aufgrund der Corona-Krise	67
Wir setzen uns ein für	68

Inhalt

Gleichstellung	71
Echte Gleichstellung im Tal.....	72
Queer-Rechte kommunal stärken	72
Gleichberechtigung schaffen	73
Berufliche Gleichstellung	74
Ergänzung aufgrund der Corona-Krise	74
Wir setzen uns ein für	75
Wirtschaft und Finanzen	77
Nachhaltige und umweltfreundliche Wirtschaft zukunftsfähig gestalten.....	78
Finanzen – sparsam, fair, handlungsfähig	78
Neue Impulse und zukunftsfähiges Wirtschaften	79
Start-Ups – mit Enthusiasmus bei der Sache	80
Erfolgreich in Grün – regenerative Energien nutzen	81
Ergänzung aufgrund der Corona-Krise	82
Wir setzen uns ein für	83
Kultur	85
Kulturell wertvoll und vielfältig	86
Kunst im öffentlichen Raum	86
Fortbestand Wuppertaler Bühnen langfristig sichern	87
Pina-Bausch-Zentrum verantwortungsbewusst umsetzen	88
Man muss auch davon leben können	89
Ergänzung aufgrund der Corona-Krise	89
Wir setzen uns ein für	90

Digitalisierung	93
Wuppertal als Kommune der Zukunft.....	94
Datenschutz ist Grundrecht	94
Nachhaltige Smart City Wuppertal	94
Digitalisierung an Schulen vorantreiben	97
Digitalisierung für Alle	98
Digitalisierung für den Alltag	98
Ergänzung aufgrund der Corona-Krise	99
Wir setzen uns ein für	99

Präambel

Liebe Wuppertaler*innen,

unsere Stadt steckt voller Potenzial, das nur darauf wartet, entfaltet zu werden. Der Wandel hin zu einer klimabewussten und klimaschonenden Gesellschaft ist in vollem Gange. Für die Zukunft braucht es Mut und neue Wege.

Wir wollen einen Wandel, der allen Teilhabe und Chancengleichheit ermöglicht und gerade dadurch die Stadt weiterbringt. Wir möchten eine effiziente und meinungsbunte politische Kultur mit fairen Diskussionen und frischen zukunftsfähigen Impulsen. Die Beteiligung der Wuppertaler*innen ist uns besonders wichtig. Das Mitmachen und sich Einmischen ist eine Wuppertaler Besonderheit, die sich auch in zahlreichen Initiativen in der Stadtgesellschaft widerspiegelt. Deshalb ist es für uns eine Herzensangelegenheit, mit allen Wuppertaler*innen gemeinsam die Zukunft unserer Stadt zu gestalten. Und so haben bei der Erstellung dieses Kommunalwahlprogrammes nicht nur Grüne mitgewirkt: Alle Wuppertaler*innen waren aufgerufen, ihre Ideen und Anmerkungen einzubringen.

Wir sind motiviert, die anstehenden Herausforderungen in Wuppertal in den nächsten Jahren zu meistern. Es ist unser Ziel, die zwingend notwendigen Veränderungen in Wuppertal aktiv anzugehen und voranzutreiben und Wuppertal damit zum Vorbild für andere Städte zu machen.

Wir haben die richtigen Ideen und Wuppertal hat die richtigen Voraussetzungen: Engagierte und fantasievolle Bürger*innen, die einen entschiedenen politischen Einsatz für den Schutz in Zeiten des Klimawandels und eine echte Verbesserung ihrer Lebensbedingungen verdient haben. Als Wissenschaftsstandort, regionales Wirtschaftszentrum und grüne, wachsende Großstadt haben wir bereits die besten Entwicklungschancen - diese müssen wir nutzen! Dafür braucht es grüne Ideen und starke GRÜNE. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Stimme dabei, Wuppertal lebenswert und zukunftsfähig zu gestalten!

Genderstar

Seit 2015 benutzen wir GRÜNE den Genderstar (*) in allen Schriftstücken. Gendern ist wichtig, da Sprache das Denken prägt. Deshalb sollte sie nicht diskriminierend sein. Der Genderstar zeigt, dass es auch Menschen gibt, die sich nicht in das binäre System von Mann und Frau einordnen können oder wollen. Bei anderen Lösungen, wie etwa dem Gendergap, fallen sie hinten über oder sind die Lücke „dazwischen“. Der Genderstar hingegen nimmt diese Gruppen selbstverständlich mit auf und bildet die geschlechtliche Vielfalt auch in unserer Sprache ab.

Soziale Gerechtigkeit und Integration

Miteinander und Füreinander

Unsere Vorstellung eines sozialen Wuppertals ist eine Stadt für alle, bunt und vielfältig. Hier leben Menschen aus 180 Staaten mit unterschiedlichen Sprachen, Nationalitäten, Kulturen und Religionen. Diese Vielfalt ist Herausforderung und Stärke zugleich.

Die Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, sexueller und religiöser Orientierung oder sozialer und ethnischer Herkunft ist eine der zentralen Errungenschaften unserer modernen Gesellschaft – und die Umsetzung fundamentaler Menschenrechte. Wir möchten, dass jedes Kind sein*ihre Entwicklungspotenzial entfalten kann und unter optimalen Bedingungen groß wird, unabhängig von Herkunft, Wohnort, äußerlichen Merkmalen oder Familienzusammensetzung. Außerdem sind wir überzeugt, dass jeder Mensch eine zweite Chance verdient hat! Deshalb ist es uns wichtig, Wege zu finden, wie man Menschen, die Fehler gemacht haben oder von Unglück betroffen sind, helfen kann, in die Stadtgesellschaft zurück zu finden.

Teilhabe für Alle

Wir möchten Armut auf allen Ebenen bekämpfen und hierzu eine kommunale Armutskonferenz mit klaren Entscheidungskompetenzen und guter finanzieller Ausstattung einrichten (*). Diese soll zielgerichtet Projekte zur Armutsbekämpfung entwickeln und fördern. Zu den notwendigen Maßnahmen gehören: weitere Unterstützung und Ausbau der frühen Hilfen, Präventionsarbeit, die Entbürokratisierung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und die Generierung niedrigschwelliger Bildungs- und Kulturangebote für Familien, Kinder und Jugendliche.

* In Wuppertal ist jedes 3. Kind von **Armut** betroffen und fast 50.000 Menschen in unserer Stadt leben von Transferleistungen. Ein eindeutiges Handlungskonzept für die Bekämpfung von Armut fehlt bislang in unserer Stadt. Das bisherige „Bündnis gegen Armut“ ist nicht mehr als ein sozialpolitisches Feigenblatt. Hier müssen gezielt individuelle und für Wuppertal praktikable Lösungen her!

Um die Teilhabe aller Kinder in Wuppertal zu verbessern, wollen wir einen „Kinderpass“ einführen. Dieser Pass soll vergünstigten Eintritt in Schwimmbäder, die Stadtbibliothek oder zu kulturellen Veranstaltungen ermöglichen. Im zweiten Schritt wollen wir diesen Pass zu einem „Bürger*innenpass“ für Wuppertaler*innen mit geringem Einkommen erweitern.

Schulessen für alle Kinder

Leider gibt es in Wuppertal immer noch Schulen, an denen nicht alle Kinder ein warmes Mittagessen erhalten können. Wir setzen uns auch in Zukunft weiter dafür ein, dass jedes Kind in Wuppertal in der Schule eine qualitativ hochwertige Mahlzeit erhält. Wir freuen uns über alle Schulen, die Mittagessen anbieten, die aus biozertifizierten Lebensmitteln hergestellt werden. Deshalb fordern wir Bio-Subventionen sowohl für Schul- als auch Kitaessen. Ebenso sollen bei der Zubereitung von Speisen in/ für Kitas und Schulen zukünftig keine Produkte aus der Massentierhaltung mehr verwendet werden.

Kinder- und Jugendhilfe gut ausstatten

Wuppertal hat ein breites Spektrum an Angeboten der Jugendarbeit und Jugendhilfe. Diese Angebote gilt es, langfristig finanziell abzusichern und zu erhalten. Das stationäre Jugendhilfeangebot möchten wir um mindestens 10 Intensivbetreuungsplätze erweitern. Ferner muss das Wohngruppenangebot fachlich differenzierter ausgestattet werden, um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können. Offene Kinder- und Jugendarbeit muss dort stattfinden, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten. Deshalb wollen wir das mobile Angebot der Stadt ausweiten und dabei auch die freien Träger einbinden.

Mitgestaltung durch Kinder und Jugendliche

Wir finden es wichtig, Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungen einzubinden. Wir brauchen partizipative Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen. Eine bunte und vielfältige Umgebung bekommen wir nur, wenn wir alle mitnehmen.

Mit dem aktiven Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren wurde jüngeren Menschen politisches Vertrauen abgesprochen, sich mit der Politik vor Ort verantwortungsbewusst auseinander zu setzen zu können. Wir fordern daher die weitere Absenkung des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre bei Kommunalwahlen. Die Möglichkeiten zur Absenkung des passiven Wahlalters soll geprüft werden. In einem ersten Schritt setzen wir uns für die Stärkung der Rechte der Vertreter*innen des Wuppertaler Jugendrates in städtischen Gremien ein.

Um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich mit der Stadtpolitik und den Wahlmöglichkeiten auseinanderzusetzen, sollen alle Klassen mit Schüler*innen im Wahlalter eine „Politische Projektwoche“ veranstalten. Die politische Neutralität der Lehrkräfte ist für uns dabei selbstverständlich.

Angebote für Kinder und Jugendliche finanziell absichern

Die große Zahl der Kinder- und Jugendangebote in Wuppertal verdanken wir auch der Vielfalt der (freien) Träger*innen, diese gilt es zu erhalten. Ihre Arbeit ist ein wichtiger Teil im sozialen Netz unserer Stadt, die jedoch seit vielen Jahren unter einer strukturellen Unterfinanzierung leiden. Unter Berücksichtigung der städtischen Finanzen wollen wir dieser Arbeit die verdiente Anerkennung zukommen lassen und die städtischen Zuschüsse für diese wichtige Arbeit dynamisieren; insbesondere, um die Träger*innen bei der Öffnung ihrer Angebote unter dem Gesichtspunkt der Inklusion zu unterstützen.

Inklusion für Menschen mit Handicaps verbessern

Wir fordern barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Gebäuden sowie Barrierefreiheit innerhalb dieser Gebäude. Zu Gunsten von Menschen mit sprachlichen und kognitiven Einschränkungen fordern wir, dass Ämtervordrucke und Formulare in leichter Sprache erstellt werden. Wir wollen Menschen mit körperlichen oder kognitiven Einschränkungen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Die Stadt Wuppertal sollte hier eine Vorbildfunktion übernehmen, vor allem auch beim Angebot von Ausbildungsplätzen. Darüber hinaus sollen Anreize geschaffen werden, die auch in der freien Wirtschaft die Quote an Ausbildungsplätzen für Menschen mit Handicap erhöhen. Wuppertal profitiert von vielfältigen Perspektiven und den Talenten aller Bürger*innen!

Wohnen ist ein Menschenrecht

Wohnungslosigkeit bekämpfen

Wir möchten das Streetworkangebot bedarfsorientiert ausbauen und die Aufenthaltsmöglichkeiten für wohnungslose Bürger*innen vorhalten. Hierzu gehört ein rund um die Uhr erreichbares Betreuungs- und Beratungsangebot. Zeitliche Versorgungslücken, in denen sich Menschen draußen aufhalten müssen, darf es in einer Großstadt wie Wuppertal nicht mehr geben. Durch sichtbare Öffentlichkeitsarbeit wollen wir den Bekanntheitsgrad der „Kältehotline“ steigern.

In anderen Städten bestehen schon sogenannte „Housing-First“-Konzepte (★). Wir wollen dieses Konzept in Wuppertal etablieren und Möglichkeiten finden, Wohnungslosigkeit von vornherein zu verhindern. Dafür möchten wir mit der Freien Wohlfahrtspflege, der Stadt und den Wohnungsbaugesellschaften zusammenarbeiten.

★ **Was heißt Housing-First?**

Dieses Konzept ermöglicht es Wohnungslosen direkt in eine eigene Wohnung zu ziehen, ohne sich über mehrere Stufen von Unterbringungen und Notunterkünften dafür qualifizieren zu müssen. Es gibt keine Voraussetzungen für den Einzug in diese Wohnungen und die Betroffenen erhalten danach weiterhin Unterstützung. Ziel ist es, den Menschen erstmal die Stabilität einer eigenen Wohnung zu geben und auf dieser Grundlage die Probleme, die in die Wohnungslosigkeit geführt haben, angehen zu können. Die Unterstützung endet hier nicht mit der Unterbringung in der eigenen Wohnung, wie es bei anderen Strategien der Fall ist, sondern beginnt dort erst. So werden die Betroffenen nach und nach stabilisiert und finden in die Gesellschaft zurück.

Tafeln unterstützen

Die gemeinnützigen Tafeln sammeln überschüssige, qualitativ einwandfreie Lebensmittel und verteilen diese an sozial und wirtschaftlich Benachteiligte. Mit ihrer schnellen und unbürokratischen Hilfe lindern die Tafeln die Folgen von Armut in einer reichen Gesellschaft und stehen für Solidarität und Mitmenschlichkeit. Die Wuppertaler Tafel soll künftig direkte Hilfe – finanzieller oder logistischer Natur – von der Stadt bekommen.

Auch im Alter selbstbestimmt leben

Wir möchten ein menschenwürdiges Altwerden für alle Wuppertaler*innen. Aber auch Einsamkeit kann jede*n treffen. Wir wollen das Thema Einsamkeit enttabuisieren und noch mehr konkrete Angebote schaffen, wo sich junge und alte Menschen treffen und unabhängig von Einkommen und Mobilität teilhaben können. Bestehende Einrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser oder Seniorentreffs leisten bereits heute wertvolle Arbeit. Die meisten älteren Menschen möchten in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben. Deshalb setzen wir uns für eine altengerechte Entwicklung unserer städtischen Wohngebiete ein, denn nur so kann den älteren Menschen in Wuppertal ein eigenständiges Leben ermöglicht werden. Mehr neue und bezahlbare Wohn- und Betreuungsformen, z.B. Demenzgruppen, finden zukünftig unsere Unterstützung.

Der Seniorenbeirat der Stadt Wuppertal trägt als politisches Gremium dazu bei, dass die Interessen der älteren Menschen sowohl in der Kommunalpolitik als auch in allen anderen Angelegenheiten, vertreten werden. Wir unterstützen auch in Zukunft die Arbeit des Seniorenbeirates.

Wir setzen uns dafür ein, dass städtische Pflegekräfte in ihrer Arbeit eine Entlastung erfahren. Bessere Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung sowie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation sind unsere Ziele.

Sozialen Arbeitsmarkt schrittweise weiter ausbauen

Kurze, zeitlich befristete Qualifizierungsmaßnahmen können Langzeitarbeitslosen keine wirkliche Perspektive bieten. Dabei ist eine sinnvolle Tätigkeit, die Würde und Tagesstruktur zurückgibt, von enormer Bedeutung. Deswegen wollen wir die Plätze im „sozialen Arbeitsmarkt“ in Wuppertal weiter ausbauen. Das Jobcenter Wuppertal und die Stadt sind politisch zu unterstützen und weitere Fördermittel des Bundes einzuwerben. Unser Ziel ist es weitere 400 Arbeitsplätze im „sozialen Arbeitsmarkt“ zu schaffen. Hier ist auch die Stadt Wuppertal selbst gefragt und kann verstärkt Langzeitarbeitslose einstellen, statt Aufgaben an Fremdfirmen auszulagern. Parallel dazu ist es notwendig, die Beratungsangebote unserer Stadt zu verbessern, sowohl Schuldner*innenberatung als auch in der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Stadt Wuppertal vergibt Reinigungsarbeiten häufig an externe Dienstleister. In kaum einer anderen Branche sind die Arbeitsbedingungen so schlecht und die Löhne so niedrig wie im Reinigungsgewerbe. Wir fordern deshalb, die Festeinstellung städtischer Reinigungskräfte, denn dies schafft gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen.

Ende der Stigmatisierung

Wirksame Suchtprävention

Wir fordern Prävention statt Scherben aufsammeln! Eine Legalisierung von Cannabis ermöglicht effektiven Jugendschutz, da in offiziellen Abgabestellen eine Alterskontrolle durchgeführt werden kann. Der Dealer um die Ecke hingegen fragt nicht nach dem Ausweis. Außerdem wird durch die legale Abgabe der Kontakt zu härteren Drogen reduziert. So kann verhindert werden, dass Cannabis als Einstiegsdroge dient. Zudem sorgt eine derartige Entkriminalisierung von Gelegenheitskonsum für eine massive Entlastung von Polizei und Justiz, die durch die Verfolgung geringfügiger Delikte Ressourcen verschwenden. Die so frei werdenden Kapazitäten können dann nachhaltiger eingesetzt werden.

Wir setzen uns auf der Bundesebene für eine Legalisierung von Cannabis ein und wollen weiterhin in Wuppertal die kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten in lizenzierten Fachgeschäften im Rahmen eines wissenschaftlich begleiteten Modellprojektes erproben. Die Einrichtung von Schutzräumen für Drogenkonsum mit Tauschmöglichkeiten von Spritzen wird präventiv gegen die Verbreitung von Krankheiten durch benutzte Spritzen vorgegangen und eine medizinische Versorgung von Suchtkranken unterstützt. Einige Städte haben damit bereits gute Erfahrungen gemacht. Wir brauchen zudem vermehrt Drug-Checking-Angebote (★), wo Konsument*innen ihre Drogen auf mögliche Verunreinigungen und gesundheitliche Risiken testen können. Wir wollen ein Ende der Repression gegen Drogenkonsument*innen und fordern stattdessen umfangreiche Prävention, Aufklärungsarbeit und Sozialhilfe.

Spielsucht zerstört Familien und bedeutet häufig den finanziellen Ruin der Betroffenen. Deswegen setzen wir uns für eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Spielsuchtberatung in Wuppertal ein. Präventiv möchten wir die Eröffnung neuer Glücksspielstätten in Wuppertal begrenzen und bestehende Betriebsgenehmigungen im Hinblick auf die Einhaltung von Entfernungsvorgaben z.B. zu öffentlichen Schulen prüfen.

★ *Drug-Checking*

Darunter versteht man die chemische Analyse von illegalisierten Substanzen. Untersucht wird, welche Stoffe in welchen Mengen in einer Substanz oder Pille enthalten sind. Die Ergebnisse werden den Konsument*innen, die einen Teil ihrer Substanz zur Analyse abgegeben haben, weitergeleitet. So können sie vor zu hohen Dosierungen, unerwünschten Substanzen oder gesundheitsgefährdenden Streckmitteln gewarnt werden. Solche Angebote können entweder vor Ort (zum Beispiel in einem Club) oder stationär, etwa bei der Drogenberatungsstelle, angesiedelt sein.

Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung sicherstellen

In Wuppertal gibt es zu wenig Psychiater*innen und viel zu wenige Plätze für psychotherapeutische Behandlung. Aufnahmesperren und Wartezeiten bis über einem halben Jahr sind keine Seltenheit. Wir möchten die Wuppertaler Sozialpsychiatrischen Zentren unterstützen. Sie sind Anlaufstelle für Menschen, die noch auf einen Therapieplatz warten, und können auch Menschen nach einer stationären Therapie weiter begleiten und ihnen dabei helfen in den Alltag zurück zu finden.

Zudem fordern wir mehr Engagement der Stadt zur Verbesserung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung. Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist in diesem Bereich ebenfalls defizitär.

Neben zwei ambulanten Kinder- und Jugendpsychiater*innen gibt es in der Stadt nur ein tagesklinisches kinder- und jugendpsychiatrisches Behandlungsangebot mit 20 Behandlungsplätzen. Wir fordern den Ausbau des kinder- und jugendpsychiatrischen Angebotes im teilstationären Bereich in Wuppertal und vor allem im Osten der Stadt.

Versorgung von Schwangeren und Kindern

Die medizinischen Versorgungsangebote Schwangerer und Kinder sind in Wuppertal nicht ausreichend. Es fehlen sowohl Hebammen, wie auch Kinder- und Jugendärzt*innen für eine wohnortnahe Versorgung. Wir möchten ein verbessertes Betreuungsangebot für Schwangere durch die Stärkung der Geburtshilfe und den Ausbau von hebammengeleiteten Kreissälen. Darüber hinaus fordern wir die Kassenärztliche Vereinigung auf, die Abrechnungsermächtigungen der Bedarfslage anzupassen.

Stärkung der Quartiere

Wir sehen vor allem in starken Quartieren eine große Chance, möglichst viele Menschen in die aktive Gestaltung einer vielfältigen Umwelt einzubinden. Dabei stehen unterschiedliche Quartiere vor unterschiedlichen Herausforderungen, für die nur gemeinsam mit den Bewohner*innen vor Ort Lösungen entwickelt werden können. Die Integration von Neuzugewanderten ist keine Einbahnstraße und kann nur miteinander realisiert werden. Eine selbstbestimmte und aktive Gestaltung des Lebensraumes vor Ort stärkt das gesamte Quartier. Wir setzen uns für eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung der Integrationsarbeit innerhalb der Quartiere ein.

Integration gemeinsam gestalten

Migrant*innen sollen außerdem stärker dabei unterstützt werden, am politischen Leben teilzuhaben und ihr Lebensumfeld Quartier, Stadtteil oder die gesamte Stadt mitzugestalten. Wir setzen uns ein für verschiedene niedrigschwellige Beteiligungsangebote, die Menschen mit Migrationshintergrund in jedem Lebensabschnitt und mit unterschiedlichen Bedürfnissen einbeziehen.

Für eine humane Flüchtlingspolitik

Wuppertal ist ein Zufluchtsort für viele Menschen, die dem Krieg, dem Hunger und der Verfolgung entkommen sind. Wie entschlossen die Wuppertaler*innen geflüchtete Menschen aufnehmen und willkommen heißen, zeigt sich immer wieder sehr deutlich. Viele Menschen engagieren sich für eine menschenwürdige Unterbringung und Erstversorgung: Sie spenden, sammeln und organisieren, sie nehmen Kontakt auf und schließen Freundschaften.

Diese Hilfsbereitschaft der Wuppertaler*innen werden wir immer wertschätzen und fördern. Die Umsetzung des Konzepts „Wohnung statt Flüchtlingswohnheim“ hat dazu geführt, dass die meisten Flüchtlinge heute in Wohnungen leben können, was ihre Integration in unsere Stadtgesellschaft erheblich beschleunigt – dieses „Wuppertaler Modell“ ist aufgrund seines Erfolges bundesweit bekannt geworden. Das möchten wir fortsetzen und ausbauen.

Wir unterstützen die aktive Integrationsarbeit

Die Teilnahme an Sprachkursen soll so früh wie möglich gewährleistet werden. Dafür sollen Voraussetzungen geschaffen werden, die es ermöglichen, dass Mütter und Väter mithilfe einer Kinderbetreuung die Kurse regelmäßig besuchen, Kinder und Jugendliche schnell den Anschluss in den Kitas und Schulen finden und dass qualifizierte Fachkräfte in das Berufsleben integriert werden. Auch braucht es niedrigschwellige Zugang zu sozialen Netzwerken außerhalb der eigenen Community, um eine Integration in das Stadtleben zu ermöglichen.

Migration, Religion und Weltanschauung

Wir fordern, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in jedem Lebensbereich die gleichen Chancen und Rechte wie alle anderen Bürger*innen dieser Stadt haben. In Wuppertal gibt es viele anerkannte interkulturelle Zentren, die seit vielen Jahren wertvolle Arbeit leisten. An dieser Stelle möchten wir das zivilgesellschaftliche Engagement weiter stärken, denn wir wissen, dass die vorhandenen Angebote von Menschen in den Gemeinden gerne angenommen werden und möchten unterstützend eine stadtweite Online-Plattform zur Vernetzung und Übersicht der Angebote entwickeln. Auch die Integrationsarbeit der Vereine im außerschulischen Bereich finden wir unterstützenswert.

Wir engagieren uns für den interreligiösen Dialog in Wuppertal. Die Forderung der religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaft nach freier Ausübung ihrer Religion ist auch in Wuppertal ein wichtiges Thema. In der stationären und ambulanten Pflege müssen Angebote der kultursensiblen Pflege deutlich ausgebaut werden. Gleiches gilt auch für den Bereich der psychischen Gesundheit.

Antidiskriminierung und Antirassismus

Gelebte Demokratie, kulturelle Vielfalt und bewusste Gewaltfreiheit beugen rechts-extremen Denk- und Handlungsmustern vor. Es ist notwendig, Rechtsextremen entgegenzutreten und etwas gegen den alltäglichen Rassismus und Sexismus zu tun, mit denen Menschen ausgegrenzt und diskriminiert werden. Den Schulterchluss gegenüber rechtsextremen Gruppen und die Demonstrationen gegen Hass und Ausgrenzung wollen wir weiterhin tatkräftig unterstützen.

Die erfolgreiche mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wollen wir dauerhaft sichern und nach Möglichkeit ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wuppertaler Polizei auch weiterhin eine Stellenzulage vom Land NRW für die Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus erhält und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der rechtsextremistischen Szene in Wuppertal entgegenwirkt.

Viele Wuppertaler*innen engagieren sich in Vereinen oder arbeiten in Initiativen und Projekten für ein demokratisches und vielfältiges Wuppertal. Wir wollen diese Verbände und Initiativen in ihrer Arbeit ermutigen. Wir machen uns stark für ein buntes Wuppertal ohne braune Flecken!

Keine Toleranz bei Gewalt

Prävention, Sanktion und Überwindung von geschlechterspezifischer Gewalt, ob im öffentlichen oder privaten Raum, bleiben wichtige Themen, die wir auch in der kommenden Ratsperiode angehen wollen.

Mehr als jede dritte Frau erlebt in ihrem Leben mindestens einmal körperliche oder sexuelle Gewalt, überwiegend in der Partnerschaft oder im familiären Kontext. Dies wirkt sich auf die Betroffenen in körperlicher, psychischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht aus. Wir werden auch in Zukunft konsequent für ein ausreichendes Beratungsangebot für betroffene Frauen und Mädchen in Wuppertal kämpfen.

Aufgrund der hohen Opferzahl bei häuslicher Gewalt und den begrenzten Aufnahmeplätzen muss das Wuppertaler Frauenhaus immer wieder Frauen abweisen. Wir setzen uns mit unseren Kolleg*innen in der Landtags- und Bundestagsfraktion dafür ein, dass Frauenhäuser eine einheitliche und auskömmliche Finanzierung erhalten.

Wir setzen uns zusätzlich dafür ein, dass Übergriffe gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität in einer eigenständigen Erhebung erfasst, dokumentiert und veröffentlicht werden. Und auch diese Menschen müssen die Möglichkeit haben, Schutzräume aufsuchen zu können und Hilfe zu erhalten.

Wir wollen Angsträume vermeiden. Deshalb nehmen wir uns für die neue Ratsperiode vor, Angsträume mit Hilfe der Wuppertaler Bürger*innen zu ermitteln und gemeinsam umzugestalten.

Ergänzung aufgrund der Corona-Krise

Durch die Corona Krise ist deutlich geworden, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst, dessen Aufgaben in den Bereichen Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz liegen, weiter ausgebaut werden muss, um in Zeiten der Pandemie, aber auch angesichts gesundheitlicher Auswirkungen des Klimawandels, besser handeln zu können. Gesundheitsprävention und -bildung müssen stärker in den Fokus gerückt werden. Eine gute Gesundheit und das Wissen darum, wie wir Körper und Psyche stärken können, sind Grundlagen für mehr Widerstandsfähigkeit, durch die Menschen solche Krisen besser bewältigen können.

Die Testkapazitäten für Covid-19-Erkrankungen wurden in unserer Stadt erhöht, wir wollen das Niveau aufrechterhalten und nach Möglichkeit weiter erhöhen.

Der Kinderschutz in Zeiten von Social-Distancing findet unter erschwerten Bedingungen statt. Es ist davon auszugehen, dass die Folgen für Kinder und Jugendliche sowie für deren Familien aufgefangen werden müssen. Nun gilt es, mit guten Ideen Freizeit, Erholung, Bildung sowie den Schutz der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Für Familien möchten wir mehr Coaching-Angebote schaffen, um sie sowohl in ihrem Alltag als auch in Krisenzeiten zu unterstützen. Wir wollen insbesondere die gesundheitliche Vorsorge von Menschen in Quartieren mit einer hohen Anzahl von Leistungsempfänger*innen fördern und die Quartiere gesundheitsförderlich gestalten.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR

- die Einrichtung einer kommunalen Armutskonferenz und die unbürokratische Verbesserung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen durch Einführung eines „Kinderpasses“,
- barrierefreie öffentliche Gebäude sowie einen besseren Zugang zu den Angeboten der Verwaltung für Menschen mit geistigen und Sinneseinschränkungen,
- Housing-First-Konzepte um die Wohnungslosigkeit in Wuppertal zu reduzieren,
- Schutzräume für Drogenkonsum mit kostenlosen Tauschmöglichkeiten für Spritzen sowie Drug-Checking-Angebote,
- die Unterstützung der Sozial-Psychiatrischen Zentren in Wuppertal als erste Anlaufstellen für psychisch erkrankte Menschen und die Erweiterung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Behandlungsangebote,
- ein gesundes Mittagessen für alle Schulkinder,
- mehr Beteiligungs- und Mitgestaltungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund, sowie für die Fortsetzung des „Wuppertaler Modells“,
- die langfristige Sicherstellung der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus,
- die Unterstützung der Frauenhäuser und die Einrichtung von weiteren Anlaufstellen für von Gewalt bedrohte Gruppen,
- und die Unterstützung neuer und bestehender Wohn- und Betreuungsmodelle für selbstbestimmtes Leben im Alter und für eine kultursensible Pflege.

Klima

Gutes Stadtklima, gut für die Menschen

Weniger Abgase in der Innenstadt, die Reduktion der Feinstaubbelastung und die Nutzung von erneuerbaren Energien tragen zum Klimaschutz und damit zur Gesundheit der Bürger*innen unserer Stadt bei. Auch auf kommunaler Ebene können wir hier viel erreichen und verbessern!

* Der *Klimawandel* ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Er betrifft Menschen auf der ganzen Welt in unterschiedlichem Ausmaß und auf unterschiedliche Art und Weise. Was lange Zeit weit weg erschien, hat auch uns in Wuppertal eingeholt: Nach einem heftigen Starkregen im Jahr 2018 war die Elberfelder Innenstadt innerhalb weniger Minuten überflutet. Hitzesommer wie 2018 und 2019 sorgen für Ernteaufschläge und lassen Pflanzen in Parks und Gärten verdorren. Kinder, Ältere und gesundheitlich vorbelastete Menschen leiden besonders unter der Hitze und tragen nicht selten gesundheitliche Schäden davon. Extreme Wetterlagen werden weiter zunehmen und uns als Großstadt vor besondere Herausforderungen stellen.

Mit dem Wuppertal Institut, der Energieagentur NRW und der Bergischen Universität haben wir drei erstklassige Denkfabriken in unserer Stadt. Diesen Standortvorteil und die dort entwickelte Expertise wollen wir nutzen, um Wuppertal zu einer Vorreiterin in Sachen Klimaschutz zu machen. Wir fordern die Überprüfung aller Gesetzesvorhaben in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf das (Stadt-)Klima. Für wesentliche Bereiche kommunaler Aktivität (Energieversorgung, Gebäudebestand etc.) möchten wir Potenziale zur CO₂-Einsparung ausweisen und entsprechende Klimaschutzmaßnahmen unterstützen.

Vorausschauende Klimapolitik braucht jetzt eine Doppelstrategie: Zum einen die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, zum anderen Maßnahmen, die den Klimawandel bremsen und auf lange Sicht aufhalten. Wir möchten das bestehende Klimakonzept aktualisieren, ausbauen und konsequent umsetzen. Um den vorhandenen Sachverstand an zentraler Stelle zu bündeln und alle Klimaschutzmaßnahmen zu koordinieren, wollen wir den städtischen Klimaschutzbeauftragten ein Anhörungsrecht in allen klimarelevanten Fragen einräumen. Wir fordern darüber hinaus die Entwicklung und ständige Aktualisierung von Notfall- und Vorsorgeplänen, um bei Extremwetterereignissen schnell reagieren zu können.

Klimaschutz - Fair und Gemeinsam

Der Klimawandel geht uns als gesamte Gesellschaft an. Für uns ist es deshalb besonders wichtig, Klimaschutz sozialverträglich zu gestalten. Denn gerade die finanziell schwächeren Bürger*innen spüren die Folgen der globalen Erwärmung zuerst, weil sie zum Beispiel häufig in den aufgeheizten Innenstädten wohnen und ihre Wohnungen gegen extreme Hitze oder Kälte nicht ausreichend isoliert sind. Und das obwohl sie weit weniger zum Klimawandel beitragen, da sie weniger CO₂ verbrauchen als Besserverdienende. Wer sich kein eigenes Auto leisten kann, lebt klimafreundlicher als jemand, der oder die regelmäßig Fernreisen macht. Wir fordern daher eine sozialverträgliche Ausgestaltung aller Klimaschutzmaßnahmen und setzen uns für eine solidarische Lastenverteilung ein.

Uns ist klar: Das Klima retten wir nur gemeinsam! Viele Wuppertaler*innen gehen bereits mit gutem Beispiel voran und setzen Klimaschutz in unterschiedlichen Projekten aktiv um. Lokale Bürger*inneninitiativen möchten wir gezielt fördern und vernetzen. Wir setzen uns für einen produktiven Austausch von Wissenschaft, Politik und Stadtgesellschaft ein.

Klimaschutz beginnt auf dem Teller

Wir möchten das Essensangebot in allen Kantinen öffentlicher Einrichtungen auf saisonale und regionale Küche umstellen. Es sollen insgesamt weniger tierische Produkte verwendet werden und diese ausschließlich aus artgerechter und ökologischer Tierhaltung stammen. Denn wie wir uns ernähren, hat nicht nur Auswirkungen auf unsere Gesundheit, sondern auch auf das Klima. Wenn wir auf eine ausgewogene und regionale Ernährung achten, tun wir uns also doppelt Gutes (★).

Wir machen uns stark für den Schutz lokaler Lebensmittelproduzent*innen, die unsere Region mit frischen Produkten versorgen. Ökologische Landwirtschaft möchten wir gezielt fördern und Anreize zum Ausstieg aus der konventionellen Produktion schaffen.

★ *Klima und Ernährung*

Die Verwendung regionaler Lebensmittel ist oft klimafreundlicher, weil sie keine langen Transportwege erfordert und zu einer besseren Treibhausgas-Bilanz beiträgt. Gleichzeitig sind regionale Lebensmittel gesünder, weil sie nicht für lange Transportwege haltbar gemacht werden müssen. Durch ökologisch angebaute Produkte werden Böden und Grundwasser geschont, weil auf chemische „Pflanzenschutzmittel“ verzichtet wird. Das Angebot an saisonalen Produkten steigert die Wertschätzung und das Bewusstsein für die Produktion von Nahrungsmitteln. Auch wird dadurch die überschüssige Produktion verringert und einer späteren Vernichtung von Lebensmitteln vorgebeugt.

Global denken, lokal handeln

Wuppertal schafft die Energiewende

Die Energiewende ist der Übergang von der fossilen und nuklearen Energieversorgung des vergangenen Jahrhunderts zu einer modernen, zukunftssicheren und auf Dauer bezahlbaren Energieversorgung auf Basis unerschöpflicher, sauberer und erneuerbarer Energien. Wir möchten Wuppertal fit für die Zukunft machen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen konsequent reduzieren. Durch die Nutzung erneuerbarer Energien schaffen wir nicht nur ein gutes Stadtklima, sondern fördern auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die WSW spielen dabei als großer städtischer Energieversorger eine entscheidende Rolle. Langfristig müssen neue Geschäftsmodelle und Vertriebsmethoden für die WSW entwickelt werden, wie zum Beispiel der Tal.Markt oder andere Projekte zur Vernetzung und Digitalisierung. Außerdem fordern wir den Ausstieg aus der Beteiligung am Kohlekraftwerk Wilhelmshaven und mittelfristig den Rückkauf der Anteile von ENGIE-Deutschland an die WSW.

Wir möchten den Ausbau der Solarenergie in Wuppertal vorantreiben und mehr Photovoltaikanlagen auf die Dächer bringen. Bisher hat kein einziges Sparkassengebäude eine Solaranlage installiert und auf vielen Schulen oder dem Stadion fehlen diese ebenfalls. Ziel muss es sein, dass nach Möglichkeit alle Gebäude in kommunaler Hand mit Sonnenkollektoren ausgestattet werden. Die Einspeisung von Strom aus privaten Photovoltaik-Anlagen ins öffentliche Netz soll vereinfacht werden. Dazu möchten wir bürokratische Hürden absenken.

Die beste Wirtschaftsförderung: Klimaschutz

Besonders im Bau- und Wohnsektor steckt ein enormes Potenzial zur CO₂-Einsparung. Durch die energetische Sanierung vor allem von Altbauten kann attraktiver Wohnraum mit geringen Nebenkosten geschaffen werden.

Eigentümer*innen möchten wir bei Sanierungsvorhaben finanziell unterstützen, um sanierungsbedingten Mietsteigerungen vorzubeugen. Gleichzeitig kurbeln wir damit die heimische Wirtschaft an, die von steigenden Auftragszahlen profitiert. Das betrifft im Bereich der Altbau-sanierung vor allem die Handwerksbetriebe.

Grundsätzlich haben alle innovativen, umweltschonend produzierenden Industrie- und Gewerbebetriebe die besten Zukunftschancen. Hierfür möchten wir gezielt Anreize schaffen. Bei der Vergabe von Gewerbeflächen wollen wir daher Nachhaltigkeitsaspekte stärker berücksichtigen.

Verwaltung klimabewusst gestalten

Wir möchten in der Wuppertaler Verwaltung das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Klimaschutz stärken. Neben der Nutzung von Ökostrom möchten wir Anreize schaffen, damit die Mitarbeiter*innen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Fahrrad zu ihrem Arbeitsplatz kommen. Darüber hinaus wollen wir die kommunalen Fahrzeugflotten auf Dienstfahräder und emissionsfreie Fahrzeuge umstellen.

Ergänzung aufgrund der Corona-Krise

Der Klimawandel mag in den letzten Monaten weniger Aufmerksamkeit bekommen haben, ist aber nach wie vor die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Die Ankurbelung der Wirtschaft nach der Corona-Krise werden wir mit Investitionen in den Klimaschutz verbinden. So verfolgen wir zwei Ziele gleichzeitig: einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und durch Investitionen in die dafür notwendige Infrastruktur die Wiederbelebung unserer kommunalen Wirtschaft zu ermöglichen.

Die energetische Sanierung aller Kommunalgebäude sowie die Belegung mit Photovoltaikanlagen möchten wir mit Hilfe eines kommunalen Sofortprogramms ausbauen. Damit können wir gleichzeitig das Handwerk in unserer Kommune unterstützen.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR

- ein Anhörungsrecht in allen klimarelevanten Fragen für die städtischen Klimaschutzbeauftragten in der Verwaltung und die Ausrufung des Klimanotstandes für Wuppertal,
- eine sozialverträgliche Ausgestaltung aller Klimaschutzmaßnahmen,
- ein energieautarkes Wuppertal,
- die Förderung von energetischer Sanierung und ökologischer Wärmedämmung im Wohnsektor und den Ausbau der Photovoltaikanlagen,
- und Kantinen öffentlicher Einrichtungen mit weniger tierischen Produkten und Verzicht auf Produkte aus Massentierhaltung.

Mobilität

Wir mobilisieren unsere Stadt

Die Stadt und ihre Straßen gehören uns allen! Ob zu Fuß, mit dem Fahrrad mit Bus und Bahn oder mit dem Auto: Wir wollen uns bewegen, ohne andere dadurch einzuschränken.

Eine hohe Lebensqualität wird nur durch eine möglichst niedrige Umweltbelastung und ein konfliktfreies Miteinander erreicht. Der Mensch muss im Mittelpunkt der Stadtplanung stehen. Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen sollen gleichberechtigt behandelt werden. Laut einer Studie des Umweltbundesamtes, wünschen sich rund 90 % der Bundesbürger*innen nicht länger autogerechte Städte. Dies ist auch unser Ziel, denn nur so lassen sich Feinstaub- und Stickoxidwerte senken und der Stadtraum wieder lebenswerter gestalten: Mit wenig Lärm, guter Luft und viel Platz für aktive Bewegung und Kommunikation.

Unterwegs in der Stadt

Zu Fuß

Eine umweltfreundliche, gesunde und wenig öffentlichen Raum in Anspruch nehmende Fortbewegungsart ist das zu Fuß gehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Straßenraumgestaltung und Verkehrsplanung vor allem vom Fußverkehr aus gedacht und gestaltet wird.

Wir möchten dafür neue Angebote schaffen: Die Gehwege müssen eine Mindestbreite von 2,5 Meter haben und die Ampelschaltungen so gesteuert werden, dass Fußgänger*innen höchstens eine Minute auf Grün warten müssen – wenn möglich, erheblich kürzer. Die Grünphasen sollen auch mobilitätseingeschränkten Menschen ein sicheres Überqueren der Straße ermöglichen und müssen dementsprechend lang genug sein.

Wir wollen eine systematische Instandsetzung der Wuppertaler Treppen, da diese als Wahrzeichen unserer Stadt erhalten bleiben sollen und viele Fußwege durch die Stadt erheblich verkürzen können. Im Verlauf der Treppenanlagen sollen außerdem Sitzgelegenheiten angeboten werden, um den Nutzer*innen eine Gelegenheit zum Ausruhen zu geben. Die Barrierefreiheit muss an dieser Stelle gesondert markiert und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Hierzu zählen wir neben Hilfen für Menschen mit Gehbehinderung, auch Rampen, die sich für das Schieben von Kinderwägen und Fahrrädern eignen.

Außerdem wollen wir mehr fußgänger*innenfreundliche Querungen an großen Straßen einrichten, um Umwege zu minimieren und die Sicherheit zu erhöhen. Gerade in der Innenstadt und entlang der Hauptwege brauchen wir zudem in regelmäßigen Abständen vernünftige und im besten Fall überdachte Sitzmöglichkeiten, damit auch längere Strecken für alle Bewohner*innen der Stadt gut zu bewältigen sind. Besonders an sehr steilen Talhängen brauchen wir Aufzüge wie den an der Kluse, wovon auch Radfahrer*innen profitieren werden.

Radverkehr gebührt Vorrang auf den Straßen

Mit dem Fahrrad lassen sich in der Stadt größere Entfernungen problemlos und klimafreundlich zurücklegen. Mit der Entwicklung der E-Mobilität hat auch die Wuppertaler Topografie ihren Schrecken verloren. Auf den großen Verkehrsachsen benötigen wir jetzt gut ausgebaute Fahrradwege oder gemeinsam genutzte Umweltspuren. Ein konkretes Projekt ist für uns der Ausbau der ehemaligen Kleinbahntrasse Loh-Hatzfeld zu einem Rad- und Wanderweg mit direkter Anbindung an die Nordbahntrasse. Fahrradfahrer*innen und genauso Fußgänger*innen sollten kurze Wege angeboten werden. Wie setzen uns dafür ein, dass weitere Mobilitätsstationen in allen Stadtteilen nach dem erfolgreichen Ölberger Vorbild errichtet werden.

Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen

Ein attraktiver und günstiger ÖPNV ist ein wichtiger Faktor für soziale Gerechtigkeit. Vor allem der Busverkehr darf nicht aus Kostengründen reduziert, sondern muss stattdessen ausgebaut werden.

Auf allen wichtigen Achsen müssen die Busse im Stadtgebiet im 10-Minuten-Takt verkehren. Auf heute schon stark ausgelasteten Linienwegen, (z.B. auf den Strecken der Linien 612 und 622) sind ergänzende Schnellbusse einzusetzen, die nur an wichtigen Haltestellen halten. Die Anbindung der Bergischen Universität und der Außenbereiche müssen optimiert und besser getaktet werden. Auf den „Berg“-Linien (beispielsweise nach Cronenberg) sollen auch Fahrzeuge mit geringerem Sitzplatzanteil eingesetzt werden, um Raum für Fahrräder zu schaffen. Darüber hinaus ist zu prüfen, wo umweltfreundlichere Busse (z. B. O-Busse, Erdgas- oder Wasserstofffahrzeuge) eingesetzt werden können.

Das Bürger*innenticket für unsere Stadt

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist in Wuppertal stark unterfinanziert. Dadurch gerät das Busangebot in der Stadt immer mehr unter Druck und das politische Ziel einer Verkehrswende droht in weite Ferne zu rücken. Wir brauchen eine grundsätzlich neue Form der Finanzierung des ÖPNV, auch weil der finanztechnische Querverbund (mit den Gewinnen aus dem Energiebereich) keinen finanziellen Spielraum für den weiteren Ausbau des ÖPNV eröffnet.

Wir unterstützen hierfür das Konzept der Initiative „Das solidarische Bürgerticket für Wuppertal“ und wollen das Modell für Wuppertal umsetzen. Es sichert die Finanzierung des Bus- und Bahnangebots und bewegt die Menschen zum Umstieg auf Bus und Bahn. So wird ein wirksamer Beitrag für weniger Autoverkehr, bessere Luft und mehr Klimaschutz geleistet. In einem ersten Schritt muss auf Landesebene das Kommunale Abgabengesetz (KAG NRW) so geändert werden, dass die Erhebung eines monatlichen Solidarbeitrags durch die Stadt möglich wird.

★ Das **Konzept der Initiative für ein Solidarisches Bürgerticket** sieht einen monatlichen Standardbetrag in Höhe von 50 Euro für alle mit einem Nettomonatseinkommen über 1.500 Euro vor, darunter fallen Beiträge in Höhe von 30 Euro (bis 900 Euro) oder 12 Euro (unter 900 Euro) an. Für Schüler*innen werden 12 Euro im Monat erhoben bzw. 6 für das zweite und 0 Euro für jedes weitere Kind.

Schwerbehinderte, nicht schulpflichtige Kinder und Härtefälle zahlen ebenfalls nichts. Auf eine vierköpfige Familie mit Doppelverdienern (ein schulpflichtiges Kind, ein Kind im Kindergarten) entfällt dann also monatlich 112 Euro, wobei jedes Familienmitglied jederzeit im Stadtgebiet kostenfrei den ÖPNV nutzen kann (zum Vergleich: hätte die Familie bislang zwei Ticket 2000 im Abo und ein Schokoticket genutzt, wären hierfür Kosten in Höhe von 195,77 Euro im Monat angefallen).

Autoverkehr verändert eine Stadt

Die Lebendigkeit einer Stadt geht von den Menschen aus. In den letzten Jahrzehnten stand demgegenüber bei der Verkehrsplanung vor allem eine möglichst reibungslose Abwicklung des motorisierten Autoverkehrs im Mittelpunkt.

Diese autofixierte, autogerechte Ausrichtung der Stadt- und Verkehrsplanung ist unter Umweltgesichtspunkten nicht mehr zeitgemäß. Die Stadt und vor allem der Straßenraum muss vorrangig als Bewegungs- und Begegnungsraum für Menschen gestaltet werden.

Autofreie Innenstadt in Wuppertal-Elberfeld

Eine autofreie Innenstadt in Wuppertal-Elberfeld kann dieses Ideal verwirklichen. Ziel ist es, die Innenstadt von Wuppertal Elberfeld bis 2030 Schritt für Schritt autoverkehrs-frei umzugestalten. Konkret geht es um das Gebiet zwischen der B7 im Süden und dem Radschnellweg Nordbahntrasse/ Jackstädtweg im Norden, sowie zwischen der Briller Straße im Westen und der Hardtanlage im Osten, also eine Fläche von rund 4,5 qkm. Dazu hat unter anderem das Wuppertal Institut konkrete Konzepte für den Stadtteil Elberfeld entwickelt, die zeigen: Es ist machbar!

Keine Autos mehr, die massiv Raum einnehmen und die Fußgänger*innen behindern und kein Individualverkehr, der direkt an Restaurant- und Café-Terrassen vorbei fährt. Stattdessen freie Bewegung überall und jederzeit. Die Autofahrer*innen sollen am Rand der Fußgängerzonen weiterhin geeignete Parkplatzflächen nutzen können. Auch der Ausbau von Park + Ride-Parkflächen an strategisch günstigen Punkten der Stadt gehört dazu. Wir haben die Expertise in der Stadt – es braucht nunmehr politische Initiative!

Parken neu definieren und denken

Der öffentliche Raum in einer Großstadt ist begrenzt und gehört uns allen. Die deutliche Zunahme des Autoverkehrs, mit dem erhöhten Flächenanspruch der aktuellen PKW-Modelle, und dem Trend zum Zweitauto blockiert immer mehr Fläche in der Stadt durch parkende Autos- zu Lasten von Fußgänger*innen, Fahrradfahrenden und der Wohn- und Aufenthaltsqualität. Um das zu verändern müssen wir die Parkraumbewirtschaftung erkennbar ausweiten. Der Parkraum in der Innenstadt muss teurer werden und hinzugewonnene Einnahmen fließen idealerweise in den ÖPNV und den Fuß- und Radverkehr. Das Parken in den Wohnquartieren soll vorrangig Anwohner*innen vorbehalten sein.

Mit Tempo 30 schneller am Ziel!

Der Verkehr in deutschen Großstädten bewegt sich durchschnittlich mit 30 – 35 km/h. Die innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h ist darum realitätsfern. Um auch zu Fuß oder auf dem Rad sicher in der Stadt unterwegs zu sein, ist eine generelle Stadtgeschwindigkeit von 30 km/h notwendig. Die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen wird nachweislich gesteigert und Unfallzahlen verringert. Feinstaub, Stickoxid und CO₂-Emissionen werden reduziert und der Straßenraum wird ruhiger und lebenswerter. Ausnahmen sollen auf gut ausgebauten, mehrspurigen Straßen möglich sein.

Außerdem soll vor allem aus Lärmschutzgründen und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit Tempo 80 auf der A 46, der L 418 und der A 535 im Stadtgebiet eingeführt werden.

Moderne City-Logistik

Der Warenverkehr wächst und wächst, in den Jahren 2000 bis 2017 hat sich das Volumen verdoppelt und in den kommenden Jahren wird mit einer weiteren Steigerung gerechnet. KEP-Dienste (Kurier-, Express-, und Paketdienste) sorgen zwar für termingerechte und schnelle Belieferung, aber sie machen auch ca. 1/3 des städtischen Verkehrs aus. Gerade die „letzte Meile“ erzeugt Probleme.

Daher sollen Lieferfahrzeuge zukünftig mit abgasarmer oder -freier Technologie ausgestattet werden (z.B. durch Elektromobilität). Gerade im Innenstadtbereich ist der verstärkte Einsatz von Lastenrädern oder kleineren Elektromobilen von Vorteil. Derartige Lösungen funktionieren in anderen europäischen Städten seit Jahren hervorragend.

Lieferfahrzeuge erhalten zentrale und ausgewiesene Flächen zum Abstellen der Fahrzeuge, damit das Halten in zweiter Reihe bzw. in Halteverbotsbereichen verhindert wird. Diese Maßnahmen dienen der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen und der Verbesserung des Verkehrsflusses. Wir unterstützen das Citykonzept der Stadt, das bereits Vorschläge zu einem umweltgerechten Transport in die Stadt vorsieht.

Ergänzung aufgrund der Corona-Krise

Die Erfahrungen der Corona-Pandemie werden uns weiter prägen, denn rund um den Globus haben Städte im Zuge der Pandemie Veränderungen vorgenommen. Einige davon sind sinnvoll und wir möchten sie daher beibehalten: so hat Mailand als Antwort auf die Corona-Virus-Krise eines der ehrgeizigsten europäischen Vorhaben zur Umwandlung des Straßenraums für Autos hin zu mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen beschlossen. Wien hat Straßen zu Gehwegen umgewandelt, damit Abstandsregeln eingehalten werden können. Im Berliner Kreuzberg sollen Straßen gesperrt werden, damit Kinder Raum zum Spielen haben.

Unser Ziel ist eine klimafreundliche und sichere Mobilität in unserer Stadt. Der Trend während der Corona-Krise, verstärkt das eigene Auto zu nutzen, muss umgekehrt werden. Wir wollen mehr Platz für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen schaffen und die Verkehrswende durch mehr Investitionen in umweltfreundliche Mobilität insbesondere den ÖPNV voranbringen. Das Angebot an Bussen und Bahnen muss so attraktiv sein, dass der Umstieg gelingt und völlig überfüllte Fahrzeuge der Vergangenheit angehören.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR

- eine Neuverteilung des Stadtraums (z.B. die autofreie Innenstadt) mit einer Priorisierung umweltfreundlicher Fortbewegungsarten wie Fuß- und Radverkehr,
- einen flächendeckenden, bedarfsgerecht getakteten ÖPNV,
- ein einheitliches Bürger*innen-Ticket,
- in generelles Tempo 30-Limit auf allen Innenstadtstraßen,
- und Parkplätze, deren Gebühren sich an den Preisen des ÖPNV orientieren.

Stadtentwicklung

Freiraum für alle in einer lebenswerten Stadt

Der öffentliche Raum ist für alle da. Aktuell richtet sich der Städtebau jedoch maßgeblich am motorisierten Verkehr aus. Die für Straßen und Parkplätze verbrauchten Flächen wollen wir uns zurückerobern und für alle Wuppertaler*innen nutzbar machen.

Denn wir können uns so viel Schöneres vorstellen als geteerte Fahrbahnen und Abstellflächen, beispielsweise Parkanlagen, Spielplätze, Außengastronomie - ein vielfältiges Angebot nicht nur für Autobesitzer*innen, sondern für alle. Wir sind für den Umbau der Heckinghauser Straße und die gerechte Aufteilung des Raumes auf alle Verkehrsteilnehmer*innen sowie die möglichst sofortige Umsetzung entsprechender Maßnahmen.

Attraktive und klimafreundliche Stadt

In unserer Stadt liegt eine Menge Gestaltungspotential. Wir möchten die Innenstädte in Barmen und Elberfeld weiter begrünen und attraktive Aufenthaltsplätze für Jung und Alt schaffen. Vergessene oder verwahrloste Orte wollen wir neu beleben. Damit alle gesellschaftlichen Gruppen und Generationen von diesen Orten profitieren können, sollen sie barrierefrei gestaltet oder umgerüstet werden.

Lokale Geschäfte und Gastronomie sollen Vorrang vor großen Einkaufsketten erhalten, die die Innenstädte weltweit kaum noch unterscheidbar machen. Mit einem individuellen, regionalen Angebot stärken wir heimische Gewerbe und erhöhen Wuppertals Attraktivität auch über die Stadtgrenzen hinaus.

Sozialer Zusammenhalt durch soziale Stadtentwicklung

Der Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft entsteht nicht zuletzt an öffentlichen Plätzen und Freizeiteinrichtungen. Hier kommen Menschen unterschiedlichster Herkunft miteinander in Kontakt. Die Stadt muss dafür vielfältige Angebote schaffen, die sich jede*r leisten kann. Wir wollen deshalb in die Sanierung städtischer Schwimmbäder und Sportstätten investieren, um den Wuppertaler*innen attraktive und bezahlbare Freizeitmöglichkeiten zu bieten.

Insbesondere in den städtischen Schwimmbädern wollen wir sicherstellen, dass Hebelifte vorhanden sind, damit körperlich beeinträchtigte Schwimmer*innen ihrem Hobby wohnortnah nachgehen können. Außerdem möchten wir frei zugängliche Plätze für vereinsungebundenen Sport und Bewegung schaffen, die alle Bürger*innen kostenfrei nutzen können. Wir machen uns dafür stark, dass bei Neuplanung oder Umgestaltung von Sportanlagen und Sportstätten Klima- und Umweltschutz berücksichtigt werden.

Gemeinsam unsere Stadt gestalten

Ob alteingesessen oder zugezogen - wir freuen uns, dass viele Bürger*innen Wuppertal mitgestalten und ihre Ideen aktiv einbringen möchten. Der öffentliche Raum gehört allen Menschen in unserer Stadt und soll daher auch gemeinsam mit ihnen gestaltet werden. Deswegen machen wir uns für eine Ausweitung qualitativer und aufsuchender Beteiligungsmöglichkeiten bei der Umgestaltung öffentlicher Plätze und großer Neubauprojekte stark. Denn unsere Stadt soll allen Menschen als ein Lebensraum dienen, in dem sie sich gerne aufhalten.

In vielen Stadtteilen Wuppertals haben sich die Bewohner*innen zusammengetan, um ihr Quartier gemeinsam zu gestalten und lokale Bildungs-, Kultur- und Klimaschutzprojekte umzusetzen. Wir möchten die begonnenen Initiativen noch stärker in ihrem Engagement unterstützen und Anreize für ähnliche Entwicklungen in weiteren Quartieren schaffen. Dazu legen wir ein Förderprogramm für innovative Stadtentwicklungsprojekte auf.

Dem Wohnungsverfall entgegenwirken

Anstelle der Ausweisung neuer Wohnbauflächen in den Außenbezirken setzen wir auf die optimierte Nutzung von Räumen und Flächen in der Stadt. Brachflächen sollen bebaut, Gewerbegebiete umgewidmet und Gebäude aufgestockt werden. Die Möglichkeiten der städtischen Wohnungsaufsicht sollen konsequenter genutzt werden. Eine stärkere Begrenzung von Zweckentfremdung von Wohnraum soll erwirkt werden, damit mehr Menschen, die innenstadtnah leben möchten, bezahlbaren Wohnraum finden können.

In einigen Stadtteilen gibt es Probleme mit verwaorlosten Häusern und Brachflächen, die sich negativ auf die Nachbarschaften auswirken. Eine Zweckentfremdung von Wohnraum (z.B. durch spekulativen Leerstand) und der Verwaorlung von Brachflächen muss konsequent entgegengewirkt werden. Dazu sollen „Kümmerer“ in den Stadtteilen in Zusammenarbeit mit der Wohnungsaufsicht die Eigentümer*innen bewegen, leerstehende Wohnungen zu sanieren und zu vermieten. Gleichzeitig werden wir für Fördermöglichkeiten bei Sozialwohnungsbau und energetischer Sanierung werben.

Handlungsbedarf besteht auch bei vermieteten sogenannten Schrottimmobilien. Hier leben betroffene Mieter*innen unter teils unzumutbaren Zuständen. Wir wollen erreichen, dass die Wohnungsaufsicht der Stadt ihre gesetzlichen Möglichkeiten nutzt und schneller einschreitet.

★ Um die **leerstehenden Wohnungen** wieder zu vermieten, sind in der Regel umfangreiche Sanierungen notwendig. Für viele Eigentümer*innen ist es derzeit aber profitabler, ihre Immobilie ohne jegliche Nutzung verfallen zu lassen - stetig steigende Grundstückspreise und Steuervorteile bei Leerstand machen es möglich. Immobilienbesitz ist jedoch kein Selbstzweck. Die Häuser sollen so genutzt werden, wie sie beim Bau gedacht waren: Als Zuhause für die Bürger*innen unserer Stadt. Denn Wohnen ist ein Menschenrecht und daher darf Wohnraum kein Spekulationsobjekt sein.

★ Der **demografische Wandel** verändert unsere Art zu wohnen und die Anforderungen, die wir an unser Quartier stellen. Senior*innen haben ein Recht darauf, auch im Alter selbstbestimmt zu leben und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Sie benötigen Zugang zu ärztlicher Versorgung, Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten in ihrem gewohnten Umfeld. Gleichzeitig drängen immer mehr junge Menschen für Ausbildung und Beruf in die Städte. Diese Entwicklungen erfordern innovative Wohnformen und Quartierskonzepte. Generationenübergreifende, barrierefreie und kinderfreundliche Wohnmodelle und eine inklusive Quartiersentwicklung möchten wir gezielt fördern. Dezentrale Versorgungsangebote innerhalb des Quartiers ermöglichen allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in ihrem Quartier.

Alt neben Neu

Klimafreundliche Modernisierung

Die über 4000 Denkmäler in Wuppertal wollen wir erhalten und schützen. Bei der Nutzung denkmalgeschützter Gebäude müssen technologische Entwicklungen berücksichtigt werden. Nach einer Einzelfallprüfung sollen Sonnenkollektoren und/oder Photovoltaikanlagen auf diesen Dächern zugelassen werden können. Statt der Preisgabe von immer mehr historischen Gebäuden an Investor*innen fordern wir den Erhalt typischer Gebiete mit ihrem besonderen Charakter.

Zukunftsorientiertes umweltfreundliches Bauen

Bei städtischen Neubau- und großen Umbauprojekten müssen die Auswirkungen auf die Menschen in der Stadt, auf das Stadtklima, die Wirtschaft und den Einzelhandel im Vorfeld abgewogen werden. Daran schließt sich die Frage nach der gesamtstädtischen Notwendigkeit an. Nur die Interessen von Investor*innen im Blick zu haben, greift zu kurz. Die Stadtverwaltung muss bei derartigen Vorhaben vorausschauend handeln, damit die Aussicht auf kurzfristige Gewerbesteuerereinnahmen nicht zulasten zukünftiger Generationen von Stadtbewohner*innen geht.

Deshalb soll die Stadtverwaltung wieder stärker Verantwortung übernehmen und selbstbewusst Flächen entwickeln. Sie soll nicht mehr nach dem Bestbieter*innenprinzip, sondern gemeinwohlorientiert veräußern oder verpachten. Im Falle eines Verkaufs von Grundstücken soll nicht das Höchstgebot ausschlaggebend sein, sondern das vorgelegte Konzept. Dieses wird von der Stadt in einer Ausschreibung unter Beteiligung der Klimaschutzbeauftragten detailliert vorgegeben und orientiert sich an den Bedürfnissen zukünftiger Generationen.

Sozial gerechtes Wohnen und Bauen

Bodennutzung muss sozial gerecht sein. Investor*innen sollen sich an den Kosten für die Erschließung, für Grünflächen und für neue soziale Einrichtungen beteiligen. Wir wollen mindestens 40 Prozent geförderten Wohnungsbau in allen neuen Quartieren. Dabei sollen geförderte Wohnungen möglichst barrierefrei gebaut werden, um allen die Möglichkeit zu geben, in diese Wohnungen einzuziehen zu können. Gegenüber dem Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass die Kriterien zur Erstellung des Mietspiegels sozial gerechter werden. Für die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für gemeinschaftsorientierte Wohnprojekte in Wuppertal werden wir uns ebenso stark machen.

Weiterhin wird zukünftig die Realisierung großer Bauvorhaben nur bei entsprechender Bedarfslage möglich sein. Größtmögliche Transparenz und die frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen ist uns von großer Wichtigkeit.

Wir wollen Tauschbörsen einrichten, die einen unkomplizierten und bedarfsgerechten Wohnungstausch ermöglichen, um sich veränderten Lebensbedingungen anpassen zu können.

Flächennutzung nachhaltig gestalten

Wuppertal hatte lange den Ruf der grünsten Großstadt in Deutschland. Doch diesen Ruf behalten wir nicht, wenn wir uns nicht darum kümmern, dass Grünflächen gepflegt und neu geschaffen werden. Deswegen müssen Flächen, die nicht mehr genutzt werden, als neu geschaffene Grünflächen zu neuen grünen Hot-Spots mit Freizeitwert umfunktio- niert werden. Ungenutzte Flächen sollen außerdem zu neuen Parkanlagen umgewan- delt werden, um Erholungsorte zu schaffen, welche vielerorts fehlen. Parkplätze bieten sich dafür gut an. Gleichzeitig muss auch gewährleistet werden, dass bestehende Grün- flächen und Frischluftschneisen nicht zerstört werden.

Der Beschluss des Rates zum Erhalt der Kleinen Höhe als landwirtschaftliche Fläche zeigt, dass sich verantwortliches Handeln im Sinne des Klima- und Flächenschutzes auf Dauer durchsetzt. Nach Jahrzehnte langem Kampf gegen eine Bebauung auf der Kleinen Höhe muss der Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Grünfläche und des überregionalen Grünzuges durch Änderung des Regionalplanes (RPD) dauerhaft gesi- chert werden.

Ergänzung aufgrund der Corona-Krise

Die Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie machen uns bewusst, dass Städte durch die persönliche Begegnung der Menschen leben. Die Rückeroberung der Stra- ßen durch Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, die kreative Nutzung von Flächen durch Kunst, Kultur und Gastronomie möchten wir beibehalten. Auch wie wichtig frische Luft und Spaziergänge im Grünen für unser Wohlbefinden sind, wurde uns in der Krisen- zeit erst richtig bewusst. Die Stadtplanung sollte diese Erfahrungen widerspiegeln und weiterentwickeln. Mit Kreativität, aber auch einer neuen, planvoll und langfristig an- gelegten grünen Infrastrukturpolitik wollen wir den öffentlichen Raum begrünen und neu erschließen.

Wie beispielsweise auch der Einzelhandel, befindet sich unsere Arbeitswelt insgesamt in einem Wandel. Mit der voranschreitenden Digitalisierung von Arbeits- und Produktionsprozessen, aber auch der wachsenden Bedeutung von Homeoffice-Modellen verändern sich die Anforderungen an unsere Stadtentwicklung.

Während die Nachfrage nach Büroräumen und Ladenlokalen sinkt, verändern sich die Flächen- und Gebäudeanforderungen in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe stark: Glasfaser und Breitband sind vielen Unternehmer*innen heute wichtiger als ein überdimensionierter Parkplatz; Energieeffizienz, ÖPNV-Anbindung und ein ansprechendes Umfeld wichtiger als die vierspurige Zufahrtsstraße. Diese gesellschaftlichen Veränderungsprozesse wollen wir nutzen für eine neue, grüne Gewerbeflächenentwicklung.

Die Gastronomie braucht mehr Platz. Wir wollen Parkplätze in einzelnen Bereichen in (Außen-)Räume für Gastronomie, Out-Door-Kneipen, Spielplätze und Kultur-Veranstaltungen umwandeln.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR

- lebenswerte, grüne und barrierefreie Innenstädte,
- eine nachhaltige Quartiersentwicklung im gesamten Stadtgebiet,
- die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum durch Nachverdichtung,
- eine stärkere Bürger*innenbeteiligung bei Planungsverfahren,
- und eine Netto-Null-Flächenpolitik, das heißt eine ausgeglichene Bilanz zwischen neu bebauten und entsiegelten bzw. renaturierten Flächen.

Bildung

Zukunft durch Bildung

Alle Kinder und Jugendlichen in Wuppertal sollen in einem sozial gerechten und leistungsstarken Bildungswesen gefördert und gestärkt werden. Ihnen sollen gleiche Möglichkeiten zuteilwerden. Inklusion zu leben und allen Teilhabe zu ermöglichen, ist für uns eine Herzensangelegenheit.

Frühe Bildung

Kindertagesbetreuung in Wuppertal

Bildung beginnt nicht erst in der Schule, sie fängt schon in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege an. Dort wird eine enorme Bildungs- und Integrationsarbeit geleistet. Der Ausbau im Bereich der Kindertagesstätten ist zwar im vollen Gange, dennoch ist die Bedarfsquote in vielen Stadtteilen längst noch nicht erreicht. Ein weiterer Aus- und Neubau von Kindertagesstätten ist zwingend notwendig.

Dabei ist darauf zu achten, dass diese vor allem in den Stadtteilen entstehen, wo der Bedarf am höchsten ist. So können für die Kinder und deren Eltern wohnortnahe Perspektiven geschaffen werden, ohne dass lange Fahrt- oder Fußwege entstehen. Um die Nachfrage in Wuppertal nach Betreuungsplätzen auch zukünftig decken zu können, benötigen wir vor allem im U3-Bereich eine gut ausgebaute Kindertagespflege. Dazu muss sie attraktiver gestaltet werden, das heißt, dass unter anderem die Arbeit der Tagespflegepersonen angemessen vergütet werden muss.

Förderbedingungen von Kommune und Land sind so zu gestalten, dass die Trägervielfalt in Wuppertal erhalten bleibt. Besonders wichtig ist es uns, dass innerhalb der Betreuungsangebote auf eine geschlechterneutrale Erziehung Wert gelegt wird. Träger*innen, die geschlechtersensible Konzepte anbieten, sollen bei der Ausgestaltung Unterstützung erhalten.

Wir wollen den erzieherischen Berufen endlich den Stellenwert geben, den sie verdienen. Für uns heißt das insbesondere, dass wir uns in Wuppertal mehr Personal, eine bessere Bezahlung und mehr Mitsprache in diesem Bereich wünschen. Gute Betreuung und Förderung gibt es nur mit qualifizierten und fair bezahlten Fachkräften.

Unsere Schullandschaft bedarfsgerecht gestalten

Für die kommenden Jahre erwarten wir einen deutlichen Anstieg der Bevölkerungszahlen. Entsprechend müssen innerhalb kürzester Zeit neue Klassen und teilweise sogar neue Schulen errichtet werden. Damit haben wir bereits begonnen: Mit dem aktuellen Schulentwicklungsplan wird an allen Schulformen zusätzlicher Schulraum geschaffen und mit der siebten Gesamtschule sogar eine weitere weiterführende Schule errichtet, die allen Kindern zugutekommt (*).

Wir machen uns dafür stark, dass der offene Ganztags an allen Schulen weiter bedarfsgerecht ausgebaut wird. Die Ganztagsbetreuung soll durch eine Staffelung nach sozialen Gesichtspunkten für alle bezahlbar sein. Wir wollen allen Schüler*innen Hausaufgaben- und Nachhilfe ermöglichen. Daher sollen gebührenfreie beziehungsweise schulübergreifende Betreuungs- und Hilfeangebote finanziell oder in Form der Bereitstellung notwendiger Ressourcen, wie zum Beispiel Räumen und Materialien unterstützt werden.

Die Schulsozialarbeit hat sich als wichtiges Angebot in den letzten Jahren etabliert. Die langfristige Sicherung dieser Institution an allen Schulen in Wuppertal ist eine notwendige Voraussetzung.

Alle Grundschüler*innen sollen das Lehrplanziel „Schwimmen lernen“ erreichen. Sicher Schwimmen zu können ist überlebensnotwendig. Wir wollen die notwendigen Voraussetzungen hierfür dauerhaft sichern.

*** Schulen**

Bereits im Zeitraum 2018 bis 2022 wurden 1.250 Kinder mehr an den städtischen Grundschulen und ca. 2.300 Schüler*innen mehr an den weiterführenden Schulen angemeldet als bislang prognostiziert. Es besteht aktuell noch immer eine enorme Kluft zwischen dem Elternwillen und dem tatsächlichen Schulformangebot in Wuppertal: So wird die Gesamtschule zwar von knapp der Hälfte aller Eltern für ihre Kinder als Wunschschulform angegeben, für rund 500 Schülerinnen und Schüler gibt es aber keinen Platz - sie müssen abgelehnt werden. Da wir den Elternwillen ernst nehmen, ist auch weiterhin ein deutlicher Ausbau des Gesamtschule-Angebots in unserer Stadt notwendig.

Bildungsgerechtigkeit schaffen

Wir müssen Schulen mit besonderem Bedarf an Personal, Beratungsangeboten, Materialien oder Räumlichkeiten bei der Zuteilung von Ressourcen und städtischen Unterstützungsangeboten stärker berücksichtigen. Die bisherige Verteilungspraxis muss durch schulstandortscharfe Zuordnungen ersetzt werden und somit Schüler*innen mit besonderen sozialen Herausforderungen noch stärker unterstützen (★).

★ *Bildungsgerechtigkeit*

Bereits heute verteilt die Stadt die zur Verfügung stehenden Ressourcen nach einem Schlüssel, der auf die unterschiedlichen Voraussetzungen und Herausforderungen Rücksicht nehmen soll. Dabei handelt es sich allerdings um eine relativ grobe Einteilung des Wuppertaler Stadtgebiets, so dass nicht die konkrete Schule, sondern nur das Quartier, in dem sie liegt, bewertet wird.

Das heißt, dass Unterstützungsleistungen wie Schulsozialarbeiter*innen, Schulsekretär*innen und auch die Größe der Klassen nicht nach dem tatsächlichen Bedarf an der Schule, sondern nach der Situation in dem Quartier, in dem sie liegt, zugewiesen wird. Das kann dazu führen, dass Schulen, die teilweise nur wenige hundert Meter voneinander entfernt liegen, vollkommen unterschiedlich behandelt werden, weil sie beide am Rand unterschiedlich gewichteter Wohnquartiere liegen, obwohl die Schuleinzugsgebiete dieselben sind.

Förderung von Kindern und Jugendlichen

Jedes Kind hat das Recht darauf, seinen Fähigkeiten entsprechend unterrichtet und individuell gefördert zu werden. Das prägt unser Handeln. Klar ist aber auch, dass jedes Kind seine eigene individuelle Entwicklungsgeschwindigkeit an den Tag legt. Ein auf frühzeitige Selektion und Leistungsdifferenzierung zentriertes Schulsystem wird unseren Grundsätzen daher nicht gerecht. Kinder mit Sprachförderbedarf sollen deshalb schon in den Kindertagesstätten mit den Grundschulen abgestimmte Sprachförderangebote erhalten.

Durch eine Behinderung beeinträchtigte Schüler*innen sollen gemeinsam mit anderen Gleichaltrigen leben, lernen, arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Das ist noch nicht immer der Fall. Wir wollen Schulen, in denen alle Kinder zusammen lernen und jedes Kind gemäß seinen Bedürfnissen und Talenten gefördert wird.

Der Bund muss die Länder darin unterstützen, Schulen weiter inklusiv auszustatten. Hierzu gehören finanzielle Mittel für deutlich mehr sonderpädagogische Fachkräfte an den Schulen um das Modell des gemeinsamen Unterrichts auch lebbar und für Kinder als auch Pädagog*innen und Schulen erfolgreich zu gestalten.

Auf Landesebene wollen wir dafür sorgen, dass die Rechenstörung der Lese-Recht Schreibstörung als Teilleistungsstörung in Art und Umfang gleichgestellt wird, damit den betroffenen Kindern durch ausreichende individuelle Förderung in beiden Bereichen geholfen werden kann. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Dies gilt auch für Teilleistungsstörungen.

Junge Menschen mit speziellem Förderbedarf in Wuppertal sollen auch nach dem Schulabschluss die Möglichkeit bekommen, einen zu ihnen passenden Beruf zu erlernen. Die Anforderungen einer inklusiven Schule sollen auch in den Berufsschulen unserer Stadt weiterhin konsequent umgesetzt beziehungsweise weitergeführt werden.

Schule und Toleranz

Schule hat den Auftrag, alle Kinder in ihrer Individualität anzunehmen. Sie soll Kinder bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit unterstützen. Die Erziehung zu Offenheit und Toleranz gehört auch in Wuppertal zu den Bestandteilen des Unterrichts. Wir wollen, dass an Wuppertaler Schulen auch in Zukunft unterschiedliche Lebensweisen gelehrt und gelebt werden.

Stress, Prüfungsjahre, Depressionen

Viele Kinder fühlen sich überfordert, auch in der Schule. Deshalb muss die Präventionsarbeit für psychische Gesundheit an Schulen weiter ausgebaut werden. Wer von Mobbing oder Diskriminierung betroffen ist, darf nicht allein gelassen werden! Wir möchten Schüler*innen besser über bestehende Hilfsmöglichkeiten informieren und sie darin bestärken sich im Sinne der gesunden Selbstwirksamkeit durch entsprechende niedrigschwellige Unterstützungsangebote frühzeitig zur Wehr zu setzen.

Hier sind z. B. Projektangebote im Rahmen des Regelschulunterrichts in Kooperation mit Fachstellen aus dem Bereich psychische Gesundheit denkbar. Wir möchten die Vernetzung zwischen Wuppertaler Schulen und bestehenden Anlaufstellen für psychisch belastete Kinder und Jugendliche in Wuppertal stärken.

Gute Bildung braucht eine gute Umgebung

Sanierungsstau an Schulen beseitigen

Wir wollen dafür sorgen, dass an allen Schulen gute Lernbedingungen herrschen. Die Priorität beim Bauprogramm des Gebäudemanagements der Stadt Wuppertal (GMW) muss auch weiterhin bei Schulbaumaßnahmen und -sanierung bleiben und hier insbesondere ökologische und nachhaltige Baustandards Priorität haben (*). Durch Erhöhung der Haushaltsmittel möchten wir zusätzlich strukturelle Voraussetzungen für kleinere Renovierungsarbeiten, zum Beispiel Schultoiletten, schaffen, die bislang oft nicht erledigt werden können.

*** *Schulsanierung***

Die Stadt Wuppertal ist in den letzten Jahren insbesondere seit der Gründung des Eigenbetriebs für das Gebäudemanagement (GMW) beim Abbau des Sanierungsstaus einen großen Schritt weitergekommen.

Auch mit Unterstützung von Bund und Land konnten große Gebäudekomplexe wie das Schulzentrum Ost, das Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium, die Gesamtschule Langerfeld, das Schulzentrum West und unzählige weitere Baumaßnahmen realisiert werden. Mit der „Phase Null“ haben wir zudem ein Verfahren etabliert, mit dem ganz am Anfang der Planungsphase gemeinsam mit den am Schulleben Beteiligten die bauliche Gestaltung und das Raumprogramm geplant wird.

Berufsausbildung in Wuppertal

Nach dem Besuch der Schule sollen alle Jugendlichen einen Weg in eine gute Zukunft sehen und gehen können. Deswegen wollen wir für Wuppertal eine Ausbildungsgarantie: Alle Schulabgänger*innen sollen direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können. Dies soll auch dann ermöglicht werden, wenn die Konjunktur mal lahmst. Schulabgänger*innen ohne die notwendigen Voraussetzungen für eine Berufsausbildung sollen bedarfsgerechte vorberufliche Bildungsmaßnahmen erhalten. Die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“ unterstützt Schüler*innen in NRW beim Übergang von der Schule in den Beruf. Frühzeitige Berufs- und Studienorientierung, Hilfe bei der Berufswahl und dem Eintritt in Ausbildung und Studium sind die Kernziele. Maßnahmen zur Umsetzung dieses Landesvorhabens in unserer Stadt wollen wir unterstützen.

Hochschulstadt Wuppertal

Wuppertal ist eine Universitätsstadt mit einem hervorragenden Ruf weit über die Stadtgrenzen hinaus. Die Wuppertaler Hochschulen sind Motoren der sozialen und ökonomischen Entwicklung in unserer Stadt. Im Moment studieren in Wuppertal an der Bergischen Universität fast 23.000 Menschen. Hochschulen beleben nicht nur die Kulturszene in einer Stadt, sondern schaffen auch zahlreiche wirtschaftliche Anreize. Wir setzen uns deshalb für beste Studien- und Arbeitsbedingungen für alle Studierenden in Wuppertal ein.

Wir machen uns stark für bezahlbaren Wohnraum für Studierende in Wuppertal. Wir fordern finanzielle Unterstützung und neue Förderprogramme für den Bau von günstigen Wohnungen und Wohnheimen unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte. Wir möchten zusammen mit den Wuppertaler Hochschulen die Innovationsfähigkeit der Stadt ausbauen und die Forschung weiter fördern.

Erwachsenenbildung unterstützen

Die Bergische Volkshochschule bietet für die Bürger*innen ebenso wie andere gemeinwohlorientierte Weiterbildungsträger ein unverzichtbares Angebot im Bereich der Weiterbildung und der Demokratieförderung. Das niedrigschwellige und breitgefächerte Kursangebot richtet sich an alle Bevölkerungsgruppen und leistet einen zentralen Beitrag zur Integration. Dieses breit gefächerte, qualifizierte und quartiersbezogene Bildungsangebot möchten wir auch weiterhin sichern und unterstützen.

Schüler*innen, Azubis, Studierende und Mobilität

Wir machen uns dafür stark, dass an allen Kindertagesstätten und Schulen in Wuppertal sogenannte Elternhaltestellen eingerichtet werden, die sich in einigem Abstand zur Schule befinden. Damit wird der Hol- und Bringverkehr der Eltern vor den Kindertagesstätten und Schulen entzerrt und die Sicherheit aller Kinder erhöht .

Darüber hinaus möchten wir die kostenlose Beförderung aller Schüler*innen, Azubis und Studierenden im ÖPNV in Wuppertal. Das gewährleistet eine gerechte Mobilität aller jungen Menschen, erweitert die individuellen Möglichkeiten und kommt der Umwelt und dem Klima zugute.

Ergänzung aufgrund der Corona-Krise

Die Corona-Krise hat die Bildungsungerechtigkeit verschärft. Ohne förderliche Lernumgebung und ohne technische Ausstattung oder Infrastruktur werden Kinder aus einkommensschwachen Familien abgehängt. Besonders angespannt ist die Situation auch für Kinder mit Behinderungen und für Geflüchtete. Wir wollen verhindern, dass die Corona-Krise zu einer Bildungskrise in unserer Stadt wird. Wir wollen sicherstellen, dass alle Schüler*innen und Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien adäquat ausgebildet und ausgestattet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können. Gerade in Pandemiezeiten muss auch in beengten Wohnverhältnissen die Möglichkeit geschaffen werden, dass Kinder einen Lern- und Konzentrationsort mit Internetverbindung aufsuchen können. Hier können Bibliotheken, Vereinsheime oder Gemeindehäuser die notwendige Infrastruktur bieten.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR

- mehr ausreichend personell besetzte Kita- und Kindertagespflegeplätze und eine bessere Entlohnung der erzieherischen Berufe,
- die Priorisierung der Schulsanierung und den weiteren Ausbau des Angebots an Gesamtschulplätzen und der Ganztagsbetreuung,
- Bildungsgerechtigkeit durch bedarfsgerechte Ressourcenverteilung und Berücksichtigung von Schulen mit besonderen Herausforderungen,
- eine kostenlose Beförderung im ÖPNV für alle Schüler*innen, Azubis und Studierenden,
- und Präventionsarbeit für psychische Gesundheit an Schulen.

Natur und Umwelt

Wir erhalten unsere Natur

Wir setzen uns für die Bewältigung der großen Umweltherausforderungen ein. Wir wollen unsere Umwelt schützen, die Artenvielfalt erhalten und die Herausforderungen des Klimawandels für Wuppertal zukunftsorientiert angehen.

Wir freuen uns darüber, dass das Bewusstsein in der Wuppertaler Bevölkerung dafür spürbar gestiegen ist. Dies motiviert uns, für weitere Verbesserungen im Natur-, Umwelt- und Tierschutz zu kämpfen. Wir setzen uns für den Erhalt, die ökologische Weiterentwicklung und die Vernetzung aller bestehenden Natur- und Landschaftsschutzgebiete zur Bewahrung der Biodiversität ein.

Schutzgebiete pflegen und ausbauen

Der Erhalt und die ökologische Aufwertung der Waldgebiete in und um Wuppertal sind von grundlegender Bedeutung. In den Wuppertaler Wäldern muss die Zusammensetzung der Baumarten stärker auf den Klimawandel ausgerichtet werden. Das bedeutet, wir brauchen trockenheitsresistente Baumarten. An Straßen und in Parkanlagen in ganz Wuppertal sollen blühende Wildblumen- und Heckenstreifen angelegt werden.

Die Wupper ist Lebensader für unzählige Lebewesen mitten in der Großstadt. Im Jahre 2006 wurde mit der ökologischen Umgestaltung des Stadtflusses am Alten Markt begonnen. Die Renaturierung der Wupper zeigt schon erste Erfolge: Lachse und Meerforellen sind wieder in der Wupper heimisch. Die Weiterführung der Renaturierung der Wupper hat weiterhin hohe Priorität. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Wupper sich zu einem gesunden, artenreichen Gewässer weiterentwickelt. Auch die anderen Gewässer in Wuppertal, wie etwa die zahlreichen Bäche, sollen wieder naturnahe Flussbette bekommen und aus den künstlichen Kanälen so weit wie möglich befreit werden.

Wir wollen die Lebensqualität in Wuppertal weiter verbessern. Maßnahmen, um wieder mehr Grünflächen in der Stadt zu schaffen, werden durch uns unterstützt oder ins Leben gerufen. Dach- und Fassadenbegrünung sorgen für ein besseres Stadtklima, bieten Lebensraum für Vögel und Insekten, spenden Kühle und Schatten. Im Dezember 2019 wurde beschlossen, dass eine Dachbegrünung von Flachdächern bei Neubauten vorgesehen ist. Wir fordern zukünftig auch die Prüfung von Möglichkeiten zur Fassadenbegrünung. Die Pflege und die Erhaltung der vorhandenen Grünflächen in Wuppertal ist von ebenso großer Bedeutung. Bei Bauprojekten soll vor allem der Schutz von Grünflächen Vorrang vor der Erschließung von Wohnlagen haben.

Ebenso wollen wir Flächen, wo es möglich ist, Stück für Stück wieder entsiegeln. Es soll überprüft werden, ob notwendige Flächen in der Stadt gepflastert werden können anstatt sie zu asphaltieren, da funktionelle Pflaster das Regenwasser gut versickern lassen, während versiegelter Boden den Niederschlag nicht speichert. Auf den Grünflächen wollen wir nach und nach auch gemeinschaftlichen Obst- und Gemüseanbau verwirklichen.

Dieser kann mithilfe des Konzepts der „Essbaren Stadt“ ein Projekt für ganz Wuppertal werden. In so einem Projekt werden schon Schulkinder in den Lehr- und Aufzuchtgärten an die Pflege dieser Pflanzen herangeführt. Alle Menschen in Wuppertal können sich an der Pflege dieser Pflanzen beteiligen und haben dementsprechend auch unentgeltlichen Anspruch auf die Erträge der Anpflanzungen.

Gärten in Wuppertal sollen zukünftig nicht mehr vegetationsarm mit Steinen, Schotter, Kies oder Splitt gestaltet werden. Solche Gärten gehen auf Kosten der Artenvielfalt und des Mikroklimas. Deshalb soll im Rahmen der Aufstellung von neuen und der Änderung von bestehenden Bebauungsplänen eine naturnahe Gartengestaltung festgeschrieben werden. Mit einer entsprechenden Informationspolitik durch die Stadtverwaltung sollen Bürger*innen in Wuppertal sensibilisiert werden, die bisher angelegten Schotter- und Steingärten wieder in naturnahe Gärten umzuwandeln sowie Gärten, Zäune und Balkone insektenfreundlich zu gestalten.

Kleingartenanlagen bringen mehr Lebensqualität in die Städte und sind wertvolle grüne Oasen. Sie erfüllen zudem eine wichtige ökologische und soziale Aufgabe. Mit ihren Bäumen und Sträuchern tragen sie zur Verbesserung des Stadtklimas wesentlich bei. Ebenso tragen Kleingartenanlagen in Wuppertal zur Biotopvernetzung bei. Daher müssen sie auch in Zukunft erhalten bleiben.

Bäume - zentrale Bausteine des Ökosystems

Die Bäume in Wuppertal sind nicht nur bedroht, sondern durch schädliche Einflüsse und die Klimaerwärmung schon nachhaltig geschädigt. Wuppertal ist eine grüne Stadt, doch da geht noch mehr! Die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung für Wuppertal im Jahr 2019 ist ein großer Erfolg, der durch unser grünes Engagement möglich gemacht wurde. Daran wollen wir anknüpfen und den Baumschutz auf außerstädtische Areale und an Wuppertal angrenzenden Wälder ausweiten.

1.000 Bäume für Wuppertal

Im Zuge des Klimawandels ist es wichtig, die Stadtbäume zu pflegen, zu erhalten und zu ersetzen, wenn sie gefällt werden müssen. Mit dem Programm „1.000 Bäume für Wuppertal“ wollen wir sicherstellen, dass gerade im Innenstadtbereich Bäume ihre positiven Klimafunktionen, wie Sauerstoffproduktion, Temperatenausgleich, Schattenspende entfalten und zusätzlich Lebensraum für viele Arten bieten können. Mit der Aktion „Hier fehlt ein Baum“ können Anwohner*innen auf geeignete Flächen für neue Bäume hinweisen.

Die Aktion „Osterholz bleibt“ und andere Projekte, die dem Schutz und Erhalt von Bäumen dienen (beispielsweise „Talbuddeln“), finden unsere Unterstützung. Sie zeigen: Viele Bürger*innen möchten sich gerne aktiv am Umweltschutz beteiligen. Wir setzen uns dafür ein, dass interessierte Bürger*innen zukünftig Baumpatenschaften für städtische Bäume übernehmen können. Sinn dieser Patenschaften ist es, die Bäume in regenarmen Zeiten zu bewässern, die Baumscheiben um die Bäume zu pflegen und gärtnerisch gestalten zu dürfen und sich somit direkt vor Ort aktiv einbringen zu können. Mit entsprechenden Baumpatenschafts-Urkunden wird die Baumpatenschaft zwischen der Stadt Wuppertal und den Bürger*innen geregelt und gewürdigt.

Artenvielfalt erhalten

Das Problem des Artensterbens hat eine Dimension erreicht, die dem Problem des Klimawandels gleichkommt und Tiere wie Pflanzen gleichermaßen betrifft (★). Durch Monokulturen in der Landwirtschaft und die fortschreitende Versiegelung des städtischen Raumes nimmt die Anzahl der Insekten, vor allem der Wildbienen dramatisch ab. Auch die Nutzung von Pestiziden trägt zum Artensterben bei. Insekten sind aber unverzichtbar für die Bestäubung von Pflanzen. Um dem Artensterben entgegenzuwirken, sollten dort, wo es möglich ist, insektenfreundliche Gewächse angepflanzt werden. Das gilt sowohl für Ackerrandstreifen im landwirtschaftlichen Bereich als auch für Blühstreifen in der Innenstadt.

In Wuppertal fordern wir: Keinerlei Anwendungen mehr von Pestiziden jeglicher Art auf kommunalen Flächen. Durch eine gezielte Informationspolitik sollen die Wuppertaler Bürger*innen dafür sensibilisiert werden. Der Bau und das Aufstellen von sogenannten Insektenhotels soll in ganz Wuppertal von kommunaler Seite erfolgen und unterstützt werden. Wir fordern ein Artenschutzkonzept für Wuppertal als wichtiges kommunales Instrument. So kann auch Wuppertal einen aktiven Betrag gegen das Artensterben leisten.

★ **Artensterben**

Täglich sterben über 100 Pflanzen- oder Tierarten weltweit unwiederbringlich aus. Um etwa 80 Prozent ist die Biomasse der Fluginsekten an manchen Orten in Deutschland bereits zurückgegangen. Knapp drei von vier Vogelarten sind gefährdet oder gar ausgestorben. Ist die Natur nicht mehr intakt, ist unsere Lebensgrundlage massiv gefährdet.

Tierschutz geht uns alle an

Wir setzen uns für mehr Tierschutz in unserer Stadt ein. Die Stadt Wuppertal trägt hier Verantwortung und hat noch viel zu verbessern. Wir fordern eine Abkehr von der Massentierhaltung und einem Wandel zu ökologischer und artgerechter Tierhaltung. Die Stadt soll für ihre eigenen Veranstaltungen nur Fleisch aus artgerechter und ökologischer Haltung beziehen und vegane Lebensmittel anbieten. In Wuppertal ansässige kommunale Unternehmen und Bildungseinrichtungen, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sollen zukünftig keine Produkte aus Massentierhaltung verarbeiten oder beziehen. Eine Verbesserung der Deklaration (z.B. Bodentierhaltung, ...) wird weiterhin konsequent verfolgt.

Tauben sind aus unseren Großstädten nicht wegzudenken. Der „Förderverein Stadttauben Wuppertal“ engagiert sich für das Wohl dieser Tiere. Ein Ziel des Vereins ist es unter anderem, im Bereich des Wuppertaler Hauptbahnhofes ein neues Taubenhaus einzurichten. Das tierschutzgerechte Taubenmanagement möchten wir auch in Zukunft unterstützen. Für Wuppertal fordern wir außerdem die Errichtung eines städtischen Tierheimes (★).

★ Im Juni 2016 musste nach mehr als 30 Jahren erfolgreicher Tierschutzarbeit das **Wuppertaler Tierheim** schließen, weil es an seine räumlichen Grenzen gestoßen war. Seitdem bringt die Stadt die Fundtiere im Tierheim Witten/Herdecke und Katzen beim Tierschutzbund unter. Wuppertaler*innen, die ein Tier abzugeben haben, müssen sich an Tierheime in den Nachbarstädten wenden, dies gilt auch für beschlagnahmte Tiere. Eine zentrale Anlaufstelle für den Tierschutz ist jedoch auch in Wuppertal notwendig. Es ist wichtig, dass heimatlose Tiere in Wuppertal aufgenommen, medizinisch versorgt und an tierliebende Menschen weitervermittelt werden. Tierpatenschaften sind hilfreich und sollen ebenso unterstützt und gefördert werden, wie der Aufbau eines neuen Tierheims.

Bäuerlich-ökologische Landwirtschaft und Bodenschutz

Wir unterstützen alle Formen der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft, wie zum Beispiel die solidarische Landwirtschaft (*). Wir setzen uns für gentechnikfreie Lebensmittel, eine pestizidarme Landwirtschaft, mehr Ökolandbau, regionale Vermarktung und klare Kennzeichnungen auf Lebensmitteln ein. Eine Ansiedlung neuer konventioneller Landwirtschaftsbetriebe findet bei uns keine Unterstützung.

Wir fordern für einen besseren Bodenschutz die Einhaltung von Fruchtfolgen bei der Bewirtschaftung von Ackerflächen – auch in der konventionellen Landwirtschaft. Dies dient dem Erhalt und der Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit. Je einseitiger die Fruchtfolge auf den Ackerflächen über Jahre ist, desto größer ist die Gefahr von bodengebundenen Krankheiten und einem massiven Verlust an Bodenqualität. Durch finanzielle Anreize möchten wir diese Formen der ökologischen Landwirtschaft unterstützen.

* In der **bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft** werden Nutztiere ihren natürlichen Bedürfnissen entsprechend gehalten. Durch den Verzicht auf den Einsatz von Chemikalien werden Umwelt und Klima geschützt und die biologische Vielfalt erhalten. Die Bäuer*innen profitieren von fairen Preisen und es wird weniger Überschuss produziert.

* **Solidarische Landwirtschaft** ist eine faire, partnerschaftliche und alternative Form der Produktion von Lebensmitteln. Dabei können die Produzierenden im Einklang mit den Jahreszeiten und der Natur arbeiten, statt rein dem Markt und der Nachfrage unterworfen zu sein. Das Konzept der solidarischen Landwirtschaft ermöglicht unter anderem, dass Bürger*innen selbst an der Landwirtschaft teilhaben, finanzielle Mittel und/oder Arbeitskraft investieren und dafür an den Produkten direkt teilhaben.

Recycling und Müllvermeidung

Die Vermeidung von Einwegplastik ist ein wesentlicher Bestandteil des Umweltschutzes (*). Hier sind viele Wuppertaler*innen schon sensibilisiert und das spornt uns weiter an. Im Bergischen Städtedreieck ist inzwischen ein Mehrweg-Becher-System für Coffee to go etabliert, dennoch sind weitere Anstrengungen nötig, um das Abfallaufkommen zu reduzieren.

Innovative Ideen und Projekte zur Abfallvermeidung möchten wir gezielt fördern. Bei städtischen Veranstaltungen, in den Gebäuden der Stadt und den städtischen Betrieben soll nur noch Mehrweggeschirr oder biologisch abbaubares Einweggeschirr verwendet sowie auf weitere vermeidbare Einwegkunststoffprodukte verzichtet werden. Aber auch private Veranstalter auf öffentlichen Plätzen sehen wir hier in der Pflicht.

Eine Verbesserung der Deklaration der Inhaltsstoffe in Produkten (z.B. Mikroplastik) wird weiterhin konsequent verfolgt.

Wir freuen uns sehr, wenn die zahlreichen Hundebesitzer*innen in Wuppertal auch zukünftig ihren Beitrag für den Umweltschutz durch Müllvermeidung leisten. Sie sind in der Pflicht, die „Hinterlassenschaften“ ihrer vierbeinigen Schützlinge zu beseitigen. Deshalb möchten wir uns stark machen, dass in der ganzen Stadt entsprechende Mülleimer zum Entsorgen der „Hinterlassenschaften“ angebracht werden, welche dann durch die Stadt geleert werden. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Hundebesitzer*innen sensibilisiert werden, Hundekotbeutel zu verwenden, die biologisch abbaubar sind. Diese sollen auch an den städtischen Verteilpunkten für Hundekotbeutel angeboten werden. Außerdem sollen im Stadtgebiet weitere entsprechende Verteilpunkte errichtet werden.

Im Bereich der Abfallentsorgung soll zukünftig eine Wertstofftonne bereitgestellt werden. Diese ergänzt den „grünen Punkt“ durch ein weitergehendes Konzept. Dadurch wird eine einfache Entsorgung aller wiederverwertbaren Wertstoffe sichergestellt. Die Sortierung übernehmen Maschinen, die dies im Zweifel gründlicher können als die Verbraucher*innen. Dazu sorgt es für ein Mehr an Komfort, da auch Wertstoffe, die nicht aus Verpackungen stammen, in dieser Tonne entsorgt werden können (*).

* Der **Plastikverbrauch** hat sich in den deutschen Haushalten in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Pro Kopf und Jahr fallen ca. 40 Kilogramm Plastik an, etwa drei Millionen Tonnen allein in Deutschland. Plastikmüll landet viel zu oft in den Weltmeeren. Etwa 100.000 Meeressäuger sterben und rund eine Million Seevögel verenden jährlich dadurch. Plastikgegenstände und -verpackungen enthalten oft Bisphenol A und Phthalate (sogenannte Weichmacher). Diese stehen im Verdacht, gesundheitsgefährdend zu sein – ihre Wirkungen summieren sich im Alltag.

★ Die **Wertstofftonne** ergänzt die Sammlung in der Gelben Tonne um weitere Wertstoffe. Die Abfalltrennung wird nun einfacher und bequemer. In solchen Wertstofftonnen werden dann zusätzlich zum Müll, welcher bisher in der gelben Tonne gesammelt wurde, auch Leichtverpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen mitgesammelt. Das heißt, dass dann auch Metalle und Kunststoffe, etwa alte Pfannen und Küchensiebe oder die Plastiktöpfe für Blumen in den Tonnen mit gesammelt werden, was man bisher bei einem Schrotthändler oder beim Sperrmüll entsorgen musste.

Lichtverschmutzung

Lichtverschmutzung ist die Aufhellung der Nacht durch künstliches Licht. Besonders drastisch zeigt sich dieses Phänomen über Ballungsräumen wie Großstädten und weitläufigen Industrieanlagen. Die beleuchtete Fläche in der Bundesrepublik erhöht sich täglich um etwa einen Quadratkilometer. Damit ist der Verlust der nächtlichen Dunkelheit verbunden. Dies hat große ökologische Auswirkungen auf Menschen und Tiere (★). Im Bundesimmissionsgesetz ist Lichtimmission als schädliche Umwelteinwirkung aufgeführt. Es gibt in Deutschland allerdings bisher keine Richtlinien, die konkrete Maximalwerte für nächtliche Beleuchtung vorgeben. Wir wollen, dass auf städtischen Liegenschaften vollständig oder zeitweise auf nächtliche Außenbeleuchtung verzichtet wird.

Alle Beleuchtungsanlagen in kommunaler Zuständigkeit sollen zukünftig mit insektenfreundlichen Leuchtmitteln mit warmweißer Lichtfarbe und geringen Blauanteilen ausgestattet werden. Bei der Genehmigung von Veranstaltungen Dritter soll auf effiziente und insektenfreundliche Beleuchtungskonzepte hingewirkt werden. Firmen, Institutionen und Eigentümer*innen von nachts beleuchteten Grundstücken sollen durch geeignete bau- und ordnungsrechtliche Maßnahmen, vor allem aber durch freiwillige Maßnahmen zur Reduzierung der nächtlichen Beleuchtung veranlasst werden.

*** Auswirkungen der Lichtverschmutzung**

Nachtaktive Insekten, vor allem Nachtfalter, werden von Lichtquellen mit hohem Anteil blauen und ultravioletten Lichts angezogen und durch diese von ihrem natürlichen Lebenslauf (Futtersuche, Paarung, Eierablage) abgehalten. Durch das ständige Umkreisen der Lichtquellen sind die Tiere morgens entkräftet, sterben oder sind leichte Beute für Vögel. Künstliche Lichtquellen können hitzeintensiv sein und bei Kontakt für die Insekten zum Tod führen. In Folge dessen nimmt die Anzahl der Insekten immer weiter ab und ganze Populationen sterben aus.

Auch Vögel können durch künstliche Beleuchtung in ihrem Verhalten beeinträchtigt werden. Im Schein starker Leuchten verlieren sie ihre Orientierung und das kräftezehrende Umherkreisen zerrt an den Energiereserven, was für den weiteren Vogelzug erhebliche Konsequenzen hat.

Aber auch die Gesundheit des Menschen wird von der Lichtverschmutzung beeinträchtigt. Durch den Blauanteil von LED-Leuchten treten Schlafstörungen auf. Das künstliche Licht verzögert die für den Schlafprozess wichtige Ausschüttung des Hormons Melatonin. Infolge dessen wird insgesamt die Schlafzeit verkürzt. Ausreichender Schlaf ist aber für unser Immunsystem und das Gedächtnis von großer Bedeutung.

Ergänzung aufgrund der Corona-Krise

Während der Ausgangsbeschränkungen ist vielen Menschen erst wieder so richtig bewusst geworden, wie wertvoll und erholsam Zeit an der frischen Luft und in der Natur ist. Besonders wer keinen eigenen Garten oder Balkon hat, ging gerne in die Parks, Wälder und Naherholungsgebiete. Glücklicherweise ist Wuppertal bereits heute eine sehr grüne Großstadt. So konnte die viele Zeit zu Hause mit ein paar Stunden Sport im Freien oder Spaziergängen gut kompensiert werden. Dieses Gefühl der Wertschätzung für die grünen Oasen unserer Stadt und in ihrem Umkreis möchten wir uns bewahren und dafür nutzen, dass immer mehr Menschen sich für den Erhalt und die Ausweitung von Wuppertals Grünflächen einsetzen. Denn Artensterben, Dürre und Luftverschmutzung haben auch während der Corona-Krise keine Pause eingelegt.

Wir möchten gezielt Naherholungsgebiete erhalten und ausbauen, insbesondere in der Nähe von Wohngebieten, in denen die Bewohner*innen aufgrund von dichter Bebauung keine eigenen Gärten haben.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR

- eine Ausweitung des Baumschutzes auf außerstädtische Areale und die angrenzenden Wuppertaler Wälder,
- den Erhalt und die ökologische Weiterentwicklung der Naturschutzgebiete und Grünflächen sowie die weitere Renaturierung der Wupper,
- ein Artenschutzkonzept und die Errichtung eines städtischen Tierheimes,
- konsequente Maßnahmen zur Verringerung der Lichtverschmutzung,
- und die Einführung der Wertstofftonne für Wuppertal.

Gleichstellung

Echte Gleichstellung im Tal

Die Gleichstellung der Geschlechter ist nach wie vor ein wichtiges Thema. Wir sprechen hierbei Menschen aller Geschlechter und sexueller Identitäten an. Wir leben in einer Zeit, in der alle Menschen das Geschlecht und die Lebensform wählen können, die ihnen freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht. Das ist für uns trans-inklusive Feminismus.

Vielfalt in die Parlamente

Geschlechtergerechtigkeit ist unverzichtbar für eine Demokratie, sie zieht sich durch alle Politik- und Lebensbereiche. Wir lösen dies seit fast 40 Jahren mit Erfolg. Unsere Wahllisten werden im Reißverschlussverfahren aufgestellt, also quotiert. Somit gehen mindestens 50 Prozent der Listenplätze an Frauen. Wir haben diese Quote kürzlich so angepasst, dass alle Geschlechter miteinbezogen werden.

Um Geschlechterparität in allen politischen Gremien zu erreichen, genügt es nicht, dass nur wir unsere Listen quotieren. Wir müssen auch von anderen Parteien eine Quotierung ihrer Listen einfordern. Denn Gleichstellung ist eine Frage der parlamentarisch-demokratischen Gerechtigkeit und nur möglich, wenn alle Menschen sich vertreten sehen. Als Kommune können wir so Vorreiter*in in der realen Umsetzung von Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit werden..

Queer-Rechte kommunal stärken

Unser Eintreten für die queeren Communities (✱) verstehen wir nicht als Absichtserklärung, sondern als einen Auftrag für konkretes politisches Handeln. Lesbische, schwule, bisexuelle und Trans-Jugendliche wollen wir in ihrem Umfeld stärken. Wir wollen in Schulen, Sportvereinen und Jugendhäusern ein Klima schaffen, in dem niemand wegen der sexuellen Orientierung gemobbt wird, Beleidigungen oder gar Gewalt ausgesetzt ist.

In Wuppertal soll eine Stelle für eine*n Queer-Beauftragte*n geschaffen werden. Ein*e Queer-Beauftragte*r erhöht die Akzeptanz queerer Bürger*innen innerhalb der Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung. Damit einhergehend ist auch ein ausreichendes Budget für Veranstaltungen, Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit. Denkbar ist der*die Queer-Beauftragte*r innerhalb der bereits vorhandenen Gleichstellungsstelle in Wuppertal.

Ein queeres Jugendzentrum ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung, da gerade in jungen Jahren die Verunsicherung über den eigenen Platz in dieser Gesellschaft groß ist. Eine gesonderte Ansprache und strukturelle Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um eine freie Entfaltung der Persönlichkeit zu ermöglichen.

Wir setzen uns für Fortbildungsprogramme ein, die Trainer*innen, Beschäftigte in Jugendeinrichtungen und Jugendleiter*innen im Umgang mit homo- und transphoben Überzeugungen, persönlichen Krisen und Ausgrenzung stärken. Lesbischen, schwulen, bisexuellen und Trans-Menschen, die in der Familie, dem Bekanntenkreis oder dem Arbeitsleben Ausgrenzung erfahren oder die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, sei es aufgrund ihrer Herkunft, ihres Alters oder einer Behinderung, gilt unsere Unterstützung.

Auch die Belange der älteren Queer-Menschen werden oft viel zu wenig beachtet. Wir fordern die Sensibilisierung von Pflegekräften sowie die Förderung spezieller Wohnprojekte. Es ist uns wichtig, dass alle auch im Alter ohne Diskriminierung offen leben können.

* **Queer** ist ein englisches Wort und bedeutet „seltsam, komisch“. Eigentlich war es eines der Schimpfwörter, die in allen Sprachen zur Bezeichnung von Homosexuellen im Umlauf sind. Doch seit den 1990er Jahren verwenden Lesben, Schwule und Bisexuelle das Wort zur Selbstbezeichnung und besetzen es damit positiv. Inzwischen wird „queer“ als Sammelbegriff für alle Personen verwendet, die nicht der heterosexuellen Geschlechternorm entsprechen.

Gleichberechtigung schaffen

Für 2020/21 wurde durch unsere Beteiligung ein geschlechtergerechter städtischer Haushalt für Wuppertal verabschiedet. Damit wird im kommunalen Haushalt ersichtlich, wie die Gleichstellung von Frauen, Männern und die Chancengleichheit bestimmter besonders schutzbedürftiger Gruppen im Haushaltsverfahren gefördert wird.

Wir möchten die städtischen Beteiligungsverfahren so weiterentwickeln, dass sie gezielt alle Geschlechter ansprechen. Die Beteiligungsverfahren nehmen großen Einfluss auf Planungen und Projekte, werden aber derzeit überwiegend von Männern begleitet. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass mehr Frauen und Menschen des dritten Geschlechts für die Beteiligung gewonnen werden können.

Trotz gesetzlicher Frauenquote für Aufsichtsräte sind fast alle Spitzenjobs von Männern besetzt. Die Mentor*innen-Programme in Wuppertal sind eine gute Möglichkeit, Frauen für eine Führungsposition zu ermutigen und sie dabei zu unterstützen – dies wollen wir fortführen und ausbauen, aber auch durch Werbemaßnahmen bekannter machen.

Berufliche Gleichstellung

Gerechte wirtschaftliche Absicherung

Leider sind für viele Frauen weniger Lohn für gleiche Arbeit und eine höhere Wahrscheinlichkeit von (Alters-)Armut immer noch die Realität. Frauen leisten auch immer noch einen Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Teilhabe am Erwerbsarbeitsmarkt ein. Hierzu gehören eine Verbesserung der Kinderbetreuung sowie die Erweiterung der Möglichkeiten für Männer am Familienleben teilzuhaben. Auch bei der Integration von Migrantinnen ist besonders der berufliche Bildungsabschluss zu fördern. Voraussetzungen sind Sprachkurse mit Kinderbetreuung und Möglichkeiten von sozialen Netzwerken außerhalb der eigenen Community zu schaffen, um eine Integration in das Stadtleben zu ermöglichen.

Ergänzung aufgrund der Corona-Krise

Die Krise hat bestehende Missstände in der Gleichstellung der Geschlechter verstärkt. Frauen sind in Situationen wie der Shutdown-Phase besonders gefährdet, Opfer von häuslicher Gewalt zu werden. Zu beobachten war auch, dass die Doppelbelastung von Kinderbetreuung, Haushalt und Homeoffice insbesondere Frauen bewältigen mussten. Wir wollen die Geschlechtergerechtigkeit in unserer Kommune stärken, damit die nochmals deutlich gewordenen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern aufgehoben werden.

Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und Eltern, dazu zählen natürlich auch Alleinerziehende, mit der Bewältigung von Homeoffice und Care-Arbeit nicht allein lassen. Wir möchten unsere Verwaltung und kommunale Unternehmen als familienfreundliche Arbeitgeber*innen zertifizieren lassen und sicherstellen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Gleichstellung der Geschlechter einhergeht.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR

- die Gleichstellung aller Geschlechter und sexueller Identitäten auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens,
- eine*n städtische*n Queer-Beauftragte*n und ein queeres Jugendzentrum,
- die paritätische Besetzung der Gremien, Verwaltungen und der Parlamente,
- mehr Werbemaßnahmen für bestehende Mentor*innen-Programme,
- und eine geschlechtergerechte Teilhabe am Erwerbsmarkt.

Wirtschaft und Finanzen

Nachhaltige und umweltfreundliche Wirtschaft zukunftsfähig gestalten

Wir brauchen eine wirtschaftliche Transformation zur allgemeinen Anhebung der Einnahmesituation von Bürger*innen und öffentlicher Hand. Durch gut bezahlte Jobs steht Kapital für Investitionen zur Verfügung. Wir wollen eine Aufwärtsspirale von erfolgreichen Unternehmen mit guten Löhnen für Investitionen in das gesamte Eigentum in der Stadt (Privatimmobilien, Schulen, Straßen, Schauspielhaus).

Finanzen – sparsam, fair und handlungsfähig

Bund und Land müssen Verantwortung übernehmen und vor der Einführung neuer Leistungsgesetze die Finanzierungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene sicherstellen. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen ein. Wir wollen einen Altschuldenfonds, der die Risiken aus den Altschulden auf Bund, Land und Stadt verteilt und Wuppertal wieder handlungsfähig macht. Wir dürfen grundlegende kommunale Pflichten nicht von Förder- und Projektmitteln abhängig machen. Hier ist eine praktikable zentrale Lösung und Verteilungsregelung auf Landes- bzw. Bundesebene je nach tatsächlichem Bedarf unter Berücksichtigung von Schuldenlage, Demografie und daraus ableitbaren Bedarfen notwendig.

★ *Finanzen*

Die Finanzlage der Stadt Wuppertal ist schlecht. Die Verschuldung ist mit fast 2 Milliarden Euro sehr hoch, weshalb die Stadt aktuell wenig handlungsfähig ist. Gleichzeitig fehlt es an Personal auf fast allen Ebenen der Verwaltung und der städtischen Betriebe. Neue Ideen und sinnvolle Maßnahmen sind so kaum möglich. Durch den Stärkungspakt der ehemaligen rot-grünen Landesregierung hat die Stadt eine finanzielle Entlastung bis 2021 erhalten. Dadurch gelang es, seit 2016 ohne neue Kredite auszukommen. Langfristig ist eine Strukturreform der Kommunalfinanzen notwendig, und es muss eine Lösung für die Altschulden gefunden werden. Deshalb fokussieren wir uns im Bereich Finanzen auf diese Thematik und setzen uns für eine langfristige Lösung auch auf Landes- und Bundesebene ein.

Wir unterstützen das Konzept des Bürgerhaushalts und die Beteiligung aller Wuppertaler*innen bei der Aufstellung der Haushaltspläne. Bestehende Strukturen möchten wir prüfen und wo es sinnvoll ist, an die aktuellen Anforderungen anpassen. Dazu gehören insbesondere auch die Gewinnabführungen der städtischen Tochterunternehmen.

Fairness für alle - denn Wuppertal braucht das Potenzial der Bürger*innen! Deshalb ist es notwendig, die Auswirkungen des städtischen Haushalts auf Gleichberechtigung zu prüfen und bei Bedarf anzupassen. Das ermöglicht uns, von den Ideen aller Bürger*innen gleichermaßen zu profitieren, und verschafft unserer Stadt und jeder*m Einzelnen neue Chancen!

Im Sinne des Klimaschutzes machen wir uns stark dafür, dass städtische Gelder für neue Investitionen nicht mehr in klimaschädliche Projekte oder Anlageobjekte fließen.

Neue Impulse und zukunftsfähiges Wirtschaften

Wir benötigen ein Gewerbeflächenkonzept, das Wuppertal zu einem Standort für Umwelttechnologien, Energieinnovationen, Ressourceneffizienz und digitaler Transformation entwickelt. Das gibt bestehenden Unternehmensstrukturen neue Impulse und macht uns zukunftsfähig. Unser Fokus liegt auf regionaler Vernetzung sowie der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen mit dem Bewusstsein für klimarelevante Aspekte. Deshalb: Vermeidung langer Lieferketten und Ressourcenschonung, denn das ist regionale Wertschöpfung!

Nachhaltigkeit und Unternehmenserfolg

Viele heimische Handwerksbetriebe in Wuppertal haben schon erkannt, dass Nachhaltigkeit zum Unternehmenserfolg beiträgt. Wir wollen Bedingungen schaffen, dass sich Handwerksbetriebe und Start-Ups aus den Bereichen Digitalisierung, Umwelttechnologie und IT vernetzen, um voneinander profitieren zu können. Ein Beispiel von vielen ist die von heimischen Unternehmen und der Stadt organisierte Solarmesse. Der Hochschulstandort ermöglicht auch die Kooperation mit Sachkundigen aus Wissenschaft und Forschung und liefert Impulse für eine nachhaltige wirtschaftliche Zukunft.

Vernetzung der regionalen Wirtschaft

Kooperationsmodelle unter kleineren Betrieben möchten wir weiter fördern und auf alle Branchen ausweiten. Dies trägt gerade in den Bereichen Automobilzulieferung, Regenerative Energien, Werkzeugbau und Metallverarbeitung in Form von Cluster- und Netzbildung zu mehr Effektivität und Erfolg bei. Die Vorteile des Bergischen Landes als Wirtschaftsregion wollen wir mit gezielten Marketingaktivitäten nach außen tragen.

Start-Ups – mit Enthusiasmus bei der Sache

Start-ups verfügen über ein Gespür für aktuelle Herausforderungen und schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Deshalb verdienen sie beste Bedingungen für Gründung, Wachstum und Entwicklung ihres Unternehmens. Es gibt zwei große Aufgaben, bei denen Start-ups uns unterstützen: Erstens bringen sie selbst Innovationen hervor. Zweitens bringen sie durch Unternehmenskooperationen zwischen Startups und Mittelständlern die Unternehmenskultur und die Bereitschaft zu Innovation auch in kleinen und mittelständischen Betrieben voran.

Wer an Start-ups denkt, hat zunächst ein digitales Unternehmen vor Augen, mit dem hohe Renditeerwartungen für Investor*innen verbunden sind. Dieses Bild beherrscht auch die politischen Debatten und liegt den meisten Entscheidungen über Förderprogramme und Rahmenbedingungen zugrunde. Doch die Start-up-Landschaft bietet mehr als Technologieinnovationen. Die Digitalisierung ermöglicht auch die Gründung von Start-ups, die zwar einerseits Gewinn erzielen, aber gleichzeitig alternative Wirtschaftsformen im Blick haben – angefangen bei solidarischer Ökonomie über Social Entrepreneurship bis hin zur Sharing Economy (★).

Diese alternativen Geschäftsmodelle unterstützen wir politisch. Um aus guten Ideen tragfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln, brauchen Gründungswillige und Start-ups Beratung, Förderung und Finanzierung. Sie müssen deshalb in den Förderprogrammen stärker als bisher Berücksichtigung finden.

★ Mit **Solidarischer Ökonomie**, auch Solidarische Wirtschaft genannt, ist eine Form des Wirtschaftens gemeint, bei der Geld als Bewertungs- und Zahlungsmittel ganz oder teilweise durch andere Prozesse oder Vereinbarungen ersetzt wird.

★ **Social Entrepreneurship** oder Sozialunternehmertum ist eine unternehmerische Tätigkeit, die im Wesentlichen auf den gesellschaftlichen Wandel und die Lösung sozialer Probleme hinwirkt. Die übergeordneten Ziele liegen in den Bereichen Bildung, Umweltschutz, Arbeitsplatzschaffung für Menschen mit Behinderungen, Armutsbekämpfung oder Menschenrechte.

★ Der Begriff **Sharing Economy** ist ein Sammelbegriff für Firmen, Geschäftsmodelle, Plattformen, Online- und Offline-Communitys und Praktiken, die eine geteilte Nutzung von ganz oder teilweise ungenutzten Ressourcen ermöglicht.

Fairness - auch in der Wirtschaft

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen* und Männern* in allen Lebensbereichen ist unser Ziel – dazu gehört für uns auch die Wirtschaft und Erwerbsarbeit. Besondere Unterstützung möchten wir deshalb den Gründer*innen in Wuppertal zukommen lassen. Die Gründer*innen-Beratung wollen wir stärker in den Blick nehmen und zu einem Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung machen.

Erfolgreich in Grün – regenerative Energien nutzen

Wir können regenerative Energien direkt in unserer Stadt nutzen. Technisch möglich sind beispielsweise Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen und Solarthermie. Dadurch senken wir die Energiekosten und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Nicht nur die Wirtschaft, auch jede*r Bürger*in profitiert!

Gemäß dem Beispiel der Bergischen Bürgerenergiegenossenschaft machen wir uns für einen Wuppertaler „Erneuerbare-Energien-Fonds“ unter Federführung der Stadtparkasse Wuppertal stark, der Energiewende, Kapitalanlage und lokale Wertschöpfung miteinander kombiniert. So kann es Unternehmen gelingen, ohne große eigene Investitionen auf erneuerbare Energiegewinnung umzusteigen und Energiekosten einzusparen. Die Anleger wiederum profitieren von dem wirtschaftlichen Erfolg der Energieproduktion in Form einer Dividende - ein Gewinn für die Wirtschaft und für unsere Zukunft!

Kreative und solide Ideen zur Ausgestaltung einer umweltfreundlichen zukunftsfähigen Wirtschaft sollen schnell und unbürokratisch umgesetzt werden können. Deshalb wollen wir die Vernetzung zwischen den Akteur*innen mit dem nötigen Knowhow aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft verbessern.

★ *Erfolgreich in Grün*

Durch Investitionen privater Anleger*innen können Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien an geeigneten Gewerbestandorten eingerichtet und betrieben werden, beispielsweise Photovoltaik-Anlagen auf Dächern von Produktionshallen. Das betreffende Unternehmen kann die Anlage anschließend pachten und den entstehenden Strom nutzen. Die Kosten hierfür sind niedriger als beim Energieversorger. Daraus resultiert ein Gewinn, der den Anleger*innen als Dividende ausbezahlt wird. Auf diese Weise profitieren alle Beteiligten von der Energiewende.

Energieeffizient und nachhaltig wirtschaften

Regionalen Unternehmen soll der Zugang zu Energie-Rückgewinnungstechnologien erleichtert werden. In vielen Produktionsprozessen entsteht überschüssige Energie, die freigesetzt wird und somit in der Wertschöpfungskette verloren geht. Um diese Energie nutzbar zu machen, sind gerade kleinere und mittelständische regionale Betriebe auf einen niedrigschwelligen und lokalen Zugang zu individueller Beratung und Information angewiesen. Deshalb wollen wir dafür eine entsprechende Anlaufstelle schaffen.

Ergänzung aufgrund der Corona-Krise

Die Corona-Krise trifft alle gesellschaftlichen Bereiche mit voller Wucht. Laut einem Kurzgutachten im Auftrag der Grünen Landtagsfraktion betragen die voraussichtlichen Corona-Folgekosten für die NRW-Kommunen zwischen 4,5 bis 9 Milliarden Euro; der Großteil wird auch bei uns zu einer deutlichen Erhöhung der Schuldenlast führen. Keinesfalls darf die Leistungsfähigkeit städtischer Angebote aufgrund finanzieller Engpässe oder haushaltsrechtlicher Einschränkungen in Gefahr geraten.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden auch die Wirtschaftsstrukturen in unseren Kommunen noch länger herausfordern. Unsere lokalen Betriebe arbeiten während und nach der Krise unter schwierigen Bedingungen. Wir wollen unsere kommunale Wirtschaftsstruktur wiederbeleben und ihr einen Innovationschub geben.

Wir wollen Gastronom*innen und Kneipenbesitzer*innen, solange die Abstandsregeln gelten, unbürokratisch die Möglichkeit geben, auch außerhalb ihrer Betriebe verkaufen zu können. Dazu wollen wir temporär auf die Erhebung von Gebühren für die Außen-gastronomie verzichten.

Zusätzlich zur Einrichtung des Altschuldenfonds fordern wir die Übernahme der Corona-bedingten Folgekosten zum Beispiel durch Einrichtung eines Sondervermögens des Landes in Höhe von acht Milliarden Euro, der ausschließlich zur Unterstützung der Kommunen eingesetzt wird.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR

- eine Strukturreform der Kommunalfinanzen,
- einen Wuppertaler Erneuerbare-Energien-Fonds,
- die Förderung (studentischer) Unternehmensgründungen aus den Bereichen IT, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Umwelttechnologien sowie eine Kooperation mit der Bergischen Universität,
- die Bereitstellung von Gewerbeflächen mit moderner Netzinfrastruktur,
- und die Umsetzung von Maßnahmen zur gemeinsamen Gestaltung einer zukunftsfähigen und ökonomischen Wirtschaft.

Kultur

Kulturell wertvoll und vielfältig

Kunst und Kultur sind essentielle Elemente einer lebenswerten Stadt. Sie ermöglichen es uns, die Welt mit anderen Augen zu sehen. Sie inspirieren dazu, uns individuell weiterzuentwickeln und zu verwirklichen.

Ob Hoch- oder freie Kultur, ob Erinnerungskultur, Herkunftskultur oder moderne Kunst, wir sehen Wuppertal als Kulturhauptstadt der Region. Wir möchten die kulturelle Vielfalt sichtbarer machen und gleichberechtigt fördern. Das bedeutet, zugängliche Kulturräume zu schaffen und die städtische Förderung von Kulturangeboten langfristig zu sichern.

Kultur für alle!

Der Zugang zu Kulturangeboten soll unabhängig von Geldbeutel oder Bildungsstand für alle möglich sein. Wir wollen das kulturpädagogische Angebot weiter ausbauen, um insbesondere Kindern und Jugendlichen einen niedrigschwelligen Zugang zur kulturellen Vielfalt unserer Stadt zu ermöglichen und sie dadurch in ihrer individuellen Entwicklung zu fördern. Die Gebühren für den Musikschulunterricht möchten wir weiter senken und für Kinder mit Kinderpass kostenfrei ermöglichen. Die Kulturangebote der Stadt sollten sich nicht nur auf wenige Hotspots konzentrieren. Jeder Stadtteil hat seine eigenen Geschichten und Besonderheiten. Dies kann durch stadtteileigene Kulturprojekte aufgegriffen werden. Wir möchten solche Initiativen unterstützen und so die Lebensqualität und Lebendigkeit von Stadtteilen erhöhen.

Kunst im öffentlichen Raum

Wir wollen die Fördermechanismen des Kulturbüros weiterentwickeln, damit es auch neuen Initiativen möglich wird, einen Zuschuss zu den Betriebskosten oder institutionelle Förderung zu erhalten. Nur so kann ein neues, aber qualitativ gutes Programm auch finanziell abgesichert werden. Wir werden eine weitere halbe Stelle im Kulturbüro einrichten, um die Drittmittelakquise deutlich auszubauen und so die Finanzierung zu sichern.

Wir wollen den Austausch und die Kooperation zwischen Hochkultur und freier Szene ausbauen, die Entwicklung und Durchführung gemeinsamer künstlerischer Projekte, wie sie mit dem Format „Sound of the City“ bereits praktiziert werden, anregen und fördern, und so unsere Stadt kulturell noch lebendiger und innovativer machen.

Darüber hinaus wollen wir prüfen, wo durch Kooperationen wie die gemeinsame Nutzung bestehender und neuer räumlicher, technischer oder personeller Kapazitäten zum beiderseitigen Vorteil Synergien erzielt werden können. Gerade in der freien Szene und Jugendkultur besteht ein Mangel an Probe- und Atelierräumen, Auftritts- und Ausstellungsorten. Wir möchten in öffentlichen Gebäuden Räumlichkeiten für diese Zwecke bereitstellen. Darüber hinaus soll die Idee für ein „Haus der freien Kultur“ als zentraler Ort für Bereiche der freien Kunstszene weiterentwickelt werden.

Wuppertal soll bunter werden!

Deshalb möchten wir in Zusammenarbeit mit den städtischen Tochterunternehmen, dem Gebäudemanagement und Wuppertaler Unternehmen mindestens 10 weitere Flächen in der Stadt ausweisen lassen, auf denen Street-Art entstehen kann und darf. Auch Privatpersonen können so ermuntert werden, Teile ihres Eigentums für freie Kunst zur Verfügung zu stellen und damit das Bild der Stadt bunter werden zu lassen.

Der Erfolg von Kulturangeboten hängt nicht zuletzt vom Bekanntheitsgrad ab. Wir möchten mit Hilfe von Sponsor*innen und durch Vernetzung verschiedener Akteur*innen ein Konzept zur besseren Sichtbarkeit der kulturellen Angebote unserer Stadt entwickeln. Dies fördert den Zugang zu diesen Angeboten und trägt somit zur Integration, Bildung, Solidarität und zum Gemeinschaftsgefühl bei.

Fortbestand der Wuppertaler Bühnen langfristig sichern

Um die Wuppertaler Bühnen mit ihren Sparten Oper, Schauspiel und Sinfonieorchester in ihrer Qualität zu erhalten, wollen wir die finanzielle Förderung der Wuppertaler Bühnen durch die Stadt erhöhen. So wollen wir sicherstellen, dass der deutliche Positivtrend in der inhaltlichen Entwicklung der Wuppertaler Bühnen fortgesetzt werden kann. Um den Fortbestand der Bühnen auch mittel- und langfristig garantieren zu können, wollen wir die Tarifsteigerungen der Löhne und Gehälter durch den städtischen Haushalt abfangen. Sie sollen damit nicht zu Lasten der künstlerischen Etats gehen.

★ Der Betriebskostenzuschuss der **Wuppertaler Bühnen** reicht bei steigenden Personalkosten und Fixkosten für die Spielstätten nicht mehr aus, um langfristig den Betrieb in seiner jetzigen Form und mit einem ansprechenden, vielfältigen Spielplan zu sichern. Bereits nach 2021 würden Tarif- und Kostensteigerungen, die derzeit noch aus Rücklagen finanziert werden können, zu einer Reduzierung der verfügbaren künstlerischen Budgets führen. Damit wäre der Fortbestand der Wuppertaler Bühnen in ihrer jetzigen Form existenziell gefährdet.

Mehr Transparenz bei der Besetzung von Leitungsstellen städtischer Gesellschaften

In der jüngeren Vergangenheit kam es innerhalb der Verwaltung wiederholt zu intransparenten und schlecht kommunizierten Entscheidungen bei der Besetzung von Leitungsstellen städtischer Gesellschaften. In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die Politik und die Stadtöffentlichkeit stärker eingebunden werden. Dazu brauchen wir ein Anhörungsrecht von Mitgliedern des Kulturausschusses und deren Einbindung in Findungskommissionen vor der endgültigen Entscheidung über die Vergabe von Leitungsstellen. Damit gehen wir einen Schritt zu mehr Transparenz, der weiter reicht als die Vorgaben in der Gemeindeordnung und im Kommunalrecht. Wir glauben, dass dieser Weg der richtige ist, um das Zusammenspiel von Verwaltung, Kommunalpolitik und gegebenenfalls beteiligten Dritten (zum Beispiel externe Gesellschafter*innen) deutlich zu verbessern.

Pina-Bausch-Zentrum verantwortungsbewusst umsetzen

Der Bau des Pina-Bausch-Zentrums ist ein kultureller Leuchtturm, der weit über die Stadtgrenzen hinaus strahlt. Die freie Kulturszene muss ausreichend in die Planung des „Forum Wupperbogen“ und des Pina-Bausch-Zentrums insgesamt einbezogen werden. Wir wollen hier ein Miteinander erreichen. Der Bau des Zentrums darf keinesfalls die freie Kultur aus der Stadt verdrängen. Gegenebenfalls muss die Stadt hier angemessene Alternativflächen anbieten. Die Führungsstruktur des Pina-Bausch-Zentrums muss klar und transparent sein, um etwaige „Reibungsverluste“ in der Leitung zu vermeiden und das Zentrum zu einem Erfolgsprojekt werden zu lassen.

Man muss auch davon leben können

Kunst- und Kulturschaffende brauchen ein transparentes und verlässliches Fördersystem, um ihre Projekte realisieren zu können, ohne ihre Existenz zu riskieren. Deshalb fordern wir, dass mindestens zwei Prozent des städtischen Haushaltes für die Künste und die Kulturförderung bereitgestellt werden. Darüber hinaus wollen wir eine verbindliche Untergrenze für Honorare festlegen, sobald städtische Einrichtungen Auftraggeberinnen sind.

In Wuppertal leben und arbeiten eine Vielzahl an kulturschaffenden Frauen, die auch häufig eigene Projekte initiieren. Bei städtischen Ausstellungen oder der Vergabe von Preisen werden sie allerdings seltener bedacht als ihre männlichen Kollegen. Wir fordern, dass bei Projekten zur Förderung von Kulturschaffenden die Frauenförderung mitgedacht wird. Auch Migrant*innen sollen zur Mitwirkung im Kulturbetrieb ermutigt werden und ausreichende Förderung erhalten.

Ergänzung aufgrund der Corona-Krise

Das Herunterfahren des öffentlichen Lebens in der Corona-Krise hat insbesondere Kunst und Kultur hart getroffen. Wir wollen erreichen, dass Wuppertals Kulturszene auch nach der Corona-Krise lebendig bleibt.

Die Investitionen in die Kultur und die Kunst in unseren Städten und Gemeinden sind freiwillige Ausgaben. Die Kommunen tragen den Löwenanteil der Kulturkosten; Bund und Land müssen jetzt mithelfen, die vielfältigen Kulturangebote in Wuppertal zu erhalten.

Die für Veranstalter*innen oder Kulturschaffende bei der Stadt bereits entstandenen Kosten für Konzerte und Festivals sollen nicht in Rechnung gestellt werden.

Wir wollen vorhandene Kulturräume technisch aufwerten und die Krise auch für die Digitalisierungsmöglichkeiten der Kultur nutzen. So sollen Kultureinrichtungen von der Kommune auch künftig verstärkt dabei unterstützt werden, zum Beispiel virtuelle Rundgänge von Ausstellungen oder Konzert- und Theater-Streamings zu ermöglichen.

Neben der freien Szene, wollen wir auch die Clubs unserer Stadt finanziell unterstützen, damit auch sie diese schwierige Phase überleben.

Leerstehende Gebäude und ungenutzte Flächen in unserer Stadt sollen den Kulturschaffenden temporär zur Verfügung gestellt werden, um vermehrt neue Projekte realisieren zu können.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR

- ein „Haus der freien Kultur“ mit Probe- und Atelierräumen sowie Veranstaltungsorten für die freie Szene,
- das Sichtbarmachen der Vielfalt des kulturellen Lebens in Wuppertal durch ein gezieltes Marketingkonzept,
- die Ausweisung von mindestens 10 weiteren Flächen für Street-Art,
- den Ausbau des Kulturbüros um eine halbe Stelle, um mehr Drittmittel einwerben zu können,
- und die Anhebung des Budgets für die Künste und die Kulturförderung auf mindestens 2% des städtischen Haushaltes.

Digitalisierung

Wuppertal als Kommune der Zukunft

Digitalisierung kann unser Leben erleichtern und uns helfen, das Klima zu schützen. Wir wollen das Potenzial der Digitalisierung nutzen, um die Bürger*innen in der Stadt besser an der Entwicklung der Stadt zu beteiligen.

Diese Beteiligung soll inklusiv und einfach zugänglich sein. Aber auch außerhalb der städtischen Verwaltung wollen wir Prozesse anstoßen und unterstützen, die helfen, die Digitalisierung zu gestalten und auch in der digitalisierten Kommune die Grundrechte der Bürger*innen zu schützen. Wir wollen zusammen mit den Einwohner*innen dieser Stadt die Digitalisierung gestalten und uns nicht von ihren Effekten bestimmen lassen!

Datenschutz ist Grundrecht

Datenschutz sichert die Grundrechte der Menschen und ist die Bedingung für die Aufrechterhaltung der individuellen Selbstbestimmung. Deshalb hängt der Erfolg der Digitalisierung maßgeblich vom Vertrauen der Menschen in die Sicherheit und Integrität der informationstechnischen Systeme ab. Die städtische Verwaltung muss hier eine Vorbildrolle übernehmen und Verschlüsselung von Daten und Kommunikation nach hohen Sicherheitsstandards gewährleisten. Die bei der Stadt hinterlegten Daten sollen verschlüsselt gespeichert werden, so dass ein widerrechtlicher Zugriff auf die Server die Daten nicht sofort verfügbar macht.

Wir wollen Unternehmen in Wuppertal unterstützen, Datenschutz und Datensicherheit gewährleisten zu können und zu verbessern. Denn auch kleine und mittlere Unternehmen müssen ihren Kund*innen eine sichere Verwaltung und Verarbeitung der Geschäftsdaten bieten können. Dazu wollen wir eine Beratung einrichten, die so ähnlich wie die Energieeffizienzberatung für Hausbesitzer*innen aufgebaut ist. Diese kann dann zusammen mit den Unternehmen Handlungsoptionen für mehr Datenschutz entwickeln und bei der Umsetzung unterstützen.

Nachhaltige Smart City Wuppertal

Wuppertal ist Modellkommune für Digitalisierung und will eine „Smart City“ sein. Dazu gehört eine verstärkte Nutzung digitaler Technologien sowohl durch die Verwaltung als auch in der Stadt insgesamt.

Erreicht werden soll ein wirklich „smarter“ Einsatz dieser Technologien im Sinne einer gemeinwohlorientierten, nachhaltigen Entwicklung der Stadt, der nicht primär von der Verfügbarkeit von Technologien und den Initiativen der Technologiekonzerne getrieben ist. Wir wollen für Wuppertal eine Smart City Strategie, die Digitalisierung systematisch in den Dienst der Nachhaltigkeit stellt.

Offene Daten für eine offene Verwaltung

Offene Daten, wie zum Beispiel Planungsdokumente, statistische Erhebungen oder Sitzungsprotokolle, bedeuten offenen Zugang zu Wissen. Sie ermöglichen mehr Teilhabe der Bürger*innen, die sich so jederzeit einfach umfassend informieren können. Offene Daten in der Kommune sind ein wichtiges Element einer transparenten Verwaltung. So wird die kommunale Demokratie gestärkt und Bürger*innen können effizient beteiligt werden. Darüber hinaus ermöglichen offene Daten eine mehrwertstiftende Nutzung, etwa durch Universitäten und Nichtregierungsorganisationen.

Wuppertal ist hier mit seinem Portal für offene Daten und seinem Geoportal auf dem richtigen Weg und arbeitet dabei intensiv mit der Zivilgesellschaft zusammen. Sowohl in der nutzer*innenfreundlichen Darstellung als auch dem Umfang der zur Verfügung gestellten Daten ist jedoch noch Luft nach oben, nur Bruchteile der Daten der Verwaltung sind verfügbar. Um das bestehende Angebot an offenen Daten kontinuierlich zu erweitern und aktuell zu halten, müssen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt und alle Teile der Verwaltung verpflichtend einbezogen werden. Als Leitlinien können die „Zehn Prinzipien offener Verwaltungsdaten“ (★) dienen.

Die Bereitstellung von Offenen Daten soll auf Landesebene durch ein Transparenzgesetz abgesichert werden.

*** Zehn Prinzipien offener Verwaltungsdaten**

(Empfehlung der Sunlight Foundation)

Vollständigkeit – Die Daten zu bestimmten Themen sind so vollständig wie möglich zu veröffentlichen. Die Metadaten, die diese Verwaltungsdaten beschreiben, werden zusammen mit Formeln und Erklärungen zur Berechnung der Daten ebenso mitgeliefert.

Primärquelle – Die Daten werden mit dem höchstmöglichen Feinheitsgrad gesammelt und veröffentlicht und nicht in aggregierten oder modifizierten Formaten.

Aktualität der Daten – Die Daten sollen veröffentlicht werden, sobald sie erhoben und zusammengestellt wurden.

Zugänglichkeit – Die Informationen sollen ohne physische und technische Hürden barrierefrei zugänglich sein. Programmierschnittstellen, die das Herunterladen sämtlicher Daten auf einmal ermöglichen, sowie eine einfache Suche und eine leichte Auffindbarkeit der Daten unterstützen die Zugänglichkeit.

Maschinenlesbarkeit – Es sollen Datenformate verwendet werden, die von einem Rechner weiterverarbeitet werden können. Während z. B. eine PDF-Datei für die Nutzer gut lesbar ist, bleibt sie für eine automatische Weiterverwendung schwer zugänglich. Als maschinenlesbar gelten u. a. die folgenden Formate: .txt, .csv, .json, .xml, .rss.

Diskriminierungsfreiheit – Nach diesem Prinzip soll jede Person zu jedem Zeitpunkt Zugriff auf die Daten haben, ohne sich dabei identifizieren oder eine Rechtfertigung für ihr Handeln abgeben zu müssen.

Offene Standards – Die gespeicherten Daten müssen so zugänglich und lesbar sein, dass keine Notwendigkeit zur Anschaffung einer bestimmten Software und damit verbundener Lizenzkosten besteht.

Lizenzierung – Maximale Offenheit beinhaltet, öffentliche Informationen eindeutig als Werk der Regierung auszuweisen und für die Allgemeinheit ohne Restriktionen oder Auferlegung von Nutzungsbedingungen, die sich als Barrieren auswirken können, zugänglich zu machen.

Dauerhaftigkeit – Die einmal online gestellten Informationen sollen mit einer angemessenen Dokumentation der Versionen online bleiben und über lange Zeit hinweg zu finden sein.

Nutzungskosten – Selbst die Auferlegung von symbolischen Nutzungsgebühren stellt ein Hindernis dar. Die Erhebung von Gebühren kann die Nutzung von Daten ausschließen, so dass weder Wirtschaftswachstum, Steuereinnahmen oder ein sozialer Mehrwert generiert wird.

Städte können den vielfältigen Herausforderungen der Transformationsprozesse in Bereichen wie Demographie, Klimawandel oder Digitalisierung besser begegnen, wenn Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Partner*innen aktiv in die politische Gestaltungsprozesse einbezogen werden.

Dialogorientierte Bürger*innenbeteiligung ist ein wichtiges Element einer offenen Verwaltung. Sie beinhaltet eine Beteiligung an der Meinungsbildung, Entscheidung und Gestaltung kommunaler Themen und Aufgaben. Wir wollen deshalb Bürger*innenbeteiligung digital organisieren und so jeder*m möglichst einfach zugänglich machen. Über talbeteiligung.de ist das in gewissem Umfang für einzelne Vorhaben schon möglich. Das Ziel dabei ist eine kooperative Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der städtischen Zivilgesellschaft.

Digitales Bürgeramt

Es soll ein digitales Bürgeramt entstehen, über das Behördengänge online erledigt werden können. Dies ist in Ansätzen zwar schon jetzt möglich, es soll aber noch einfacher und schneller werden. Als Grundvoraussetzung ist eine Digitalisierung der Verwaltungsakten ebenso notwendig wie eine adäquate Infrastruktur für die Verwaltung.

Digitalisierung an Schulen vorantreiben

Vor allem der Bereich der Digitalisierung darf nicht weiter von den Kommunen ignoriert werden, da sie im Alltag der Schüler*innen längst omnipräsent ist. Umso wichtiger ist es daher, dass Schulen hier entsprechend ausgestattet und handlungsfähig werden. Dabei endet der Weg hin zu einer digitalen Schule nicht damit, den Vertretungsplan zukünftig digital bearbeiten zu können.

Vielmehr sollen Schüler*innen Kompetenzen erlernen, die ihnen einen bewussten Umgang mit digitalen Medien ermöglichen, wie es in den Lehrplänen bereits festgeschrieben ist. Die Schulen müssen dementsprechend personell und materiell ausgestattet werden. Dies kann in Form von digitalen Lehrmitteln geschehen oder durch IT-Fachkräfte, welche in den Schulen entsprechend administrieren und unterstützen können.

Digitalisierung für Alle

Digitalisierung muss inklusiv gestaltet werden, da sonst an der Möglichkeit des Zugriffs auf die digitalen Angebote eine Spaltung der Gesellschaft droht. Weder Armut noch Behinderung sollten den Zugriff auf die städtischen digitalen Kanäle verhindern. Dazu sollen unter anderem in den Stadtbibliotheken Geräte zugänglich sein, die auch Menschen mit Handicap die Nutzung des Internets und der digitalen Angebote ermöglichen.

Die digitalen Kommunikations- und Informationsangebote müssen grundsätzlich so gestaltet werden, dass sie für alle verständlich, nachvollziehbar und nutzbar bleiben. Nicht zuletzt muss auch an die Menschen gedacht werden, die diese Angebote aus den unterschiedlichsten Gründen nicht nutzen möchten oder können. Auch diese Menschen dürfen nicht von der Beteiligung ausgeschlossen werden. Die heute schon bestehenden analogen Angebote müssen deshalb weiterhin beibehalten und verbessert werden.

Digitalisierung für den Alltag

Wir wollen zusammen mit der WSW eine Mobilitätsapp für Wuppertal entwickeln. Diese App soll Routen so planen, dass sie am schnellsten und ökologischsten zurückgelegt werden können. Dabei werden Car- und Bike-Sharing ebenso wie der ÖPNV mit einbezogen und für jeden Abschnitt das günstigste und emissionsärmste Verkehrsmittel ausgewählt. Geeignete Umsteigemöglichkeiten werden ebenso angezeigt. Wir werden darauf achten, dass dabei keine personenbezogenen Verkehrs- und Bewegungsdaten gespeichert werden.

Wir wollen digitale Möglichkeiten nutzen, um die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Vereine zu fördern. Dazu wollen wir eine Plattform bereitstellen. Mit Hilfe dieser Plattform sollen die Kontaktdaten von Vereinen und eine kurze Beschreibung der Vereinsabsichten oder der Idee der Initiative hinterlegt werden. Das Portal soll durch die Vereine in Eigenverantwortung dauerhaft gepflegt und aktualisiert werden. Bürger*innen, die sich in der Stadt engagieren wollen oder Unterstützungsangebote suchen, wird damit eine Möglichkeit gegeben, sich über entsprechende Vereine oder Initiativen in Wuppertal zu informieren.

Das App-Angebot für die Stadt muss zeitnah aktualisiert und Open-Source-basiert erweitert werden. Die Stadt-App muss das neue digitale Bürgeramt mit seinen Funktionen abbilden und die Möglichkeiten der immer mitgeführten Smartphones nutzen.

So kann beispielsweise der bisher kaum bekannte Mängelmelder der Stadt integriert werden sowie Fotos von Vandalismus, Schmutz, ungereinigten Wegen, durstigen Bäumen oder verfassungsrechtlich relevanten Schmierereien direkt vom Smartphone übermittelt werden.

Kostenloses Internet

Ein flächendeckendes freies WLAN überall in Wuppertal, zum Beispiel über offene WLAN-Netze an Haltestellen, öffentlichen Gebäuden oder über Freifunk-Initiativen ergänzt die Digitalisierung sinnvoll.

Ergänzung aufgrund der Corona-Krise

Die Corona-Krise hat die gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung einer umfassenden Digitalisierung deutlich gemacht. Durch sie ist es auch in Zeiten, in denen wir physisch Abstand halten müssen, möglich zusammenzuarbeiten und zu kommunizieren. Gleichzeitig hat diese Krise offengelegt, in welchen Bereichen der Digitalisierung wir dringenden Beschleunigungsbedarf haben.

Vor allem der Bereich der Digitalisierung der Schulen muss als Konsequenz aus der Corona-Krise von den beteiligten Stellen bei Stadt und Land umgehend angegangen werden.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR

- offene Verwaltungsdaten,
- verschlüsselte Kommunikation innerhalb der Verwaltung und verschlüsselte kommunale Daten,
- ein digitales Bürgeramt und eine Plattform zur Vernetzung der Vereine und Initiativen untereinander und mit den Bürger*innen,
- eine App, die städtische Routen emissionsarm und benutzer*innenfreundlich plant,
- und eine Smart City Strategie der Stadt, die sich bei der Digitalisierung am Gemeinwohl und an Nachhaltigkeitszielen orientiert.

V.i.S.d.P.:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Friedrich-Ebert-Str. 76
42103 Wuppertal

Geschäftsführung:
Marcel Gießwein

Telefon: 0202 87811
Mail: info@gruene-wtal.de
www.gruene-wtal.de

Am **13.09.**

Grün wählen!

Grün ist deine Zukunft.

